Ergänzungshefte zur Neuen Zeit

Nummer 19 o o o o o o o o o o o o Ausgegeben am 24. Juli 1914

Der britische Imperialismus.

Von J. B. Askew.

Die Entstehung des imperialistischen Gedankens.

Das Wort Imperialismus ist ein so schönes Beispiel dafür, wie derartige Schlagworte sich entwickeln, daß es sich lohnt, seine Entstehung näher zu untersuchen.

Der Ausdruck stammt von dem lateinischen Wort Imperium, gleich Kaiserreich, und Imperialismus bedeutet eigentlich diejenige politische Richtung, die bezweckt, ein Kaiserreich aufzurichten oder zu erhalten, mit anderen Worten: kaiserliche Politik zu treiben. Ursprünglich ist das Wort als politisches Schlagwort in Frankreich unter Napoleon I. entstanden und bedeutete seine allgemeine Politik. Später ist dann der Ausdruck von England übernommen und dort zum erstenmal wohl in den siebziger Jahren (wann, habe ich nicht genau feststellen können) angewendet worden. Es geschah, um diejenige politische Tendenz zu kennzeichnen, die die Bedeutung des englischen Kolonialreiches im Gegensatz zu dem Internationalismus oder vermeintlichen Internationalismus der Freihandelsära der vorhergehenden Jahrzehnte betonen wollte.

Es erscheint seltsam, daß ein Wort, das so eng mit dem Kaisertum zusammenhängt, in Deutschland erst von England aus eingeführt wurde, einem Lande, das kein Kaiserreich, sondern ein Königreich sein will. Es ist aber von jeher, solange England Kolonien hat, immer vom englischen Kaiserreich die Rede gewesen. Noch früher, nämlich zu der Zeit, als Heinrich VIII., König von England, seinen Bruch mit Rom vollzog (1534), wurde öffentlich vom Parlament in zwei Gesetzen proklamiert (24th und 25th Act, Henry VIII), daß die englische Krone eine kaiserliche sei, und dies ist bei der Krönung der Königin Elisabeth, die ausdrücklich als Kaiserin gekrönt wurde, und auch bei späteren Krönungen, zuletzt im Jahre 1800, als das irische Parlament mit dem englischen verschmolzen wurde, wiederholt worden. Damit sollte, wie der hervorragendste englische Jurist Blackstone erklärt hat, ein für allemal konstatiert werden, daß das englische Königtum keineswegs dem mittelalterlichen römischen beziehungsweise deutschen Kaisertum untertänig sei. Mit anderen Worten, es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Reformation einen völligen Bruch mit dem Mittelalter bedeute; nicht allein die Oberherrschaft des Papstes in geistlichen Dingen sollte verneint, auch der Anspruch des Kaisers, als oberste Instanz in weltlichen Sachen betrachtet zu werden, sollte endgültig abgeschafft werden.

In diesem Sinne wurde England als Kaiserreich proklamiert. Das Wort Kaiserreich, »Empire«, diente nach der Gründung englischer Kolonien dazu, das ganze Gebiet der vereinigten Königreiche England, Schottland, Irland und der Kolonien mit einem gemeinsamen Namen zu bezeichnen. Die vereinigten Parlamente von England und Schottland wurden dann als Kaiserliches Parlament (Imperial Parliament) bezeichnet, um damit die Tatsache

zu dokumentieren, daß dieses Parlament im Unterschied zu dem irischen und später zu den verschiedenen Kolonialparlamenten Herrschaftsrechte über das ganze Kaiserreich habe. Dieser Zustand wurde dadurch etwas komplizierter, daß 1877 die englische Königin zur Kaiserin von Indien proklamiert wurde. Aber von diesem Titel wurde nur ausnahmsweise und nur in Indien selbst Gebrauch gemacht, so daß das Wort Kaiserreich immer noch nach wie vor für das ganze Gebiet Großbritanniens und seiner sämtlichen Kolonien gilt oder, wie es oft genannt wird, für das größere Britannien, Greater Britain.

Die alte englische Kolonialpolitik wollte die englischen Kolonien für die englische Industrie monopolisieren. Daß die Kolonien ein Absatzgebiet ausschließlich für britische Waren oder mindestens für den englischen Handel sein sollten, wurde als selbstverständlich angesehen. Durch die Navigationsakte (erlassen 1651 zur Zeit der englischen Republik) wurde sogar bestimmt, daß aller Handel mit den Kolonien nur durch englische Schiffe geführt werden dürfe. Diese Kolonialpolitik erhielt einen schweren Stoß durch die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, aber von Grund aus verändert wurde das System erst mit dem Anbruch der Freihandelsära in England selbst.

Mit der Aufhebung der Schutzzölle, die im Jahre 1842 begann, kam die Ära der höchsten Blüte der englischen Industrie. England hatte in der Tat den Weltmarkt erobert. Es war der einzige Industriestaat, und es eröffnete sich die Aussicht auf eine dauernde Arbeitsteilung zwischen England und den anderen Staaten in der Art, daß England die fertigen Produkte an die anderen Länder lieferte und dafür Rohprodukte von diesen erhielt. So schablonenhaft ist es natürlich nie gegangen, aber so ungefähr dachte man sich zweifelsohne die Sache.

Wer aber meint, ihm stehe die ganze Welt offen, der kann überall seine Waren verkaufen und braucht keine eigenen Kolonien. So dachte man damals auch in England. Sogar der Mann, der später als Vater des Imperialismus bezeichnet wurde, Benjamin Disraeli,[1] sagte Anfang der fünfziger Jahre: »Die Kolonien sind ein Mühlstein um Englands Hals,« und unter Männern aller Parteien war die Meinung ziemlich verbreitet, daß es für die Kolonien wie für das Mutterland besser wäre, wenn jene sich unabhängig machen würden, vor allem deswegen, weil sie Geld kosteten, und wenn sie

[1] Benjamin Disraeli, später Graf v. Beaconsfield, war der Abkömmling einer Familie von spanischen Juden, die, aus Spanien vertrieben, zuerst nach Venedig gingen und im Jahre 1748 nach England kamen. Sein Vater war als Literat bekannt, und er selbst schrieb eine Menge Romane, die eine große Verbreitung erlangten. Er begann seine politische Karriere als Liberaler, um als Abgott der englischen Konservativen zu sterben. Sein Todestag wird immer noch von Tausenden als eine Art patriotischer Feiertag betrachtet, und zu seinem Andenken wurde eine der stärksten politischen Organisationen im britischen Weltreich gegründet, die Primrose League (Primelnverein). Dieser Verein wurde deshalb so genannt, weil die Primel angeblich die Lieblingsblume Disraelis war. Daraus wurde der Schluß gezogen, der gute Disraeli sei ein einfacher Mensch gewesen, der am liebsten ein zurückgezogenes ländliches Leben geführt hätte, wenn es ihm nur möglich gewesen wäre. Die Legende erwies sich bald als ganz falsch, aber trotzdem wurde sie verbreitet, und der Verein ist zum Mittelpunkt des britischen Snobbismus, Lakaien- und Strebertums geworden und hat nicht wenig für die Verbreitung des Imperialismus getan.

keinen Wert hatten, weshalb Geld für sie ausgeben? Aber nicht nur die englische Industrie brauchte die Kolonien damals nicht, diese selbst gediehen um so besser, je mehr sie sich von den Bureaukraten im Londoner Kolonialamt und von englischen Ministern befreien konnten, die in den Kolonien nicht gerade beliebt waren. Vor allem wirkte das Beispiel der Vereinigten Staaten und ihre großartige Entwicklung auf die Kolonien ansteckend, während die meisten Engländer das Gefühl hatten, sogar wenn es ihnen sehr gegen den Strich ging, daß die Kolonien dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen würden. Sie sahen es als ein ziemlich unvermeidliches Schicksal an, daß die Kolonien sich bald unabhängig erklären würden. Vielleicht hat gerade das Vorherrschen dieses Gefühles dazu beigetragen, daß die Kolonien nicht dazu gekommen sind. Denn je mehr diese Ansichten unter den englischen Ministern Boden gewannen, um so ängstlicher lehnten sie es ab, etwas zu tun, was diesen Prozeß beschleunigen und die Kolonien veranlassen konnte, sich formell ganz unabhängig zu erklären. Mit anderen Worten: sie ließen ihnen, soweit es Siedlungskolonien waren (mit Indien stand es anders), freie Hand. Und da diese Kolonien sowieso selbständig geworden waren, hatten sie keine Veranlassung mehr, sich formell loszutrennen. Die Verbindung mit dem Mutterland bedeutete für sie praktisch nur, daß sie den Schutz seiner Flotte genossen, ohne etwas für deren Erhaltung zu zahlen.

Das war der Zustand am Anfang der imperialistischen Ära, zur Zeit des Deutsch-Französischen Krieges. Von dieser Zeit an aber wurde die Sache anders. Anstatt ruhig zuzusehen, wie die Kolonien sich unabhängig machten, begann man von jetzt ab, darüber nachzusinnen, wie man diesem Schicksal vorbeugen und sie mit dem Mutterland enger verbinden könnte. Auf einmal hatten die Kolonien für die englische Bourgeoisie einen ganz anderen Wert, mit einmal sah man sie mit ganz anderen Augen an. Und der Grund für diesen Gesinnungswechsel? Die englische Bourgeoisie mußte zusehen, wie sich andere Länder zu Industriestaaten entwickelten. Mit der englischen Monopolstellung war es offenbar vorbei, und noch schlimmer wurde es, als diese anderen Länder anfingen, sich mit Schutzzöllen zu umgeben. Diese durchschnittlichen Zölle auf englische Waren betrugen nach einer Schätzung vom Jahre 1902 (Statistical Tables 1904, cd. 2337) in den folgenden Ländern: Rußland 131 Prozent des Wertes, Spanien 76, Vereinigte Staaten 73, Portugal 71, Österreich 35, Frankreich 34, Argentinien 28, Italien 27, Deutschland 25, Schweden 23, Griechenland 19, Dänemark 18, Kanada (Vorzugszoll) 17, Rumänien 14, Belgien 13, Norwegen 12, Neuseeland 9, Japan 9, Türkei 8, Schweiz 7, Australien 6, Südafrika (Vorzugszoll) 6, China 5, Holland 3 und Britisch-Indien 3 Prozent des Wertes.

Die englische Bourgeoisie wurde nervös und ängstlich. Es mußte ein Ersatz für jene bedrohten Absatzgebiete gefunden werden. Schutzzölle konnten in diesem Fall nicht helfen, da England allein kein genügendes Absatzgebiet für seine eigenen Industrieprodukte liefern konnte, und so kam die englische Bourgeoisie auf die Idee, sich wenigstens die Kolonien als Absatzgebiete zu sichern. Damit hatten die Kolonien eine ganz andere Bedeutung gewonnen, und derselbe Staatsmann, Herr Disraeli, der sie einen Mühlstein um Englands Hals genannt hatte, war unter den ersten, die die neue Strömung erkannten und auf den großen Wert der Kolonien hinwiesen. Mit vielem Tamtam erweiterte er das britische Kolonialreich dadurch, daß er die Insel

Zypern von dem Sultan pachtete, ein Vorgang, der nachher in China von anderen Mächten mit ähnlichen marktschreierischen Methoden nachgeahmt wurde. Daß diese Erwerbung irgendwelche Bedeutung für England in irgendwelchem Sinne gehabt hätte, konnte niemand je beweisen, aber für die Reklamepolitik des Lord Beaconsfield war sie gut. Dieser geriebene Tory war der erste Politiker in England, der erkannte, daß man das Varieté in den Dienst der Politik stellen kann, indem man dort in dem schaulustigen Publikum der Großstädte jene Stimmung erzeugt, die man braucht.

Stimmung, momentane Begeisterung, das wurde für die bürgerlichen Politiker jetzt die Hauptsache. Diese Politik wurde als Jingoismus gekennzeichnet. Das Wort stammt von dem englischen Wort „by Jingo" (sprich bei Dschingo), einem Ausdruck, durch den der fromme Engländer sich Luft machen kann, ohne eine Gotteslästerung zu begehen oder gegen die guten Sitten zu verstoßen, die bekanntlich in diesem Lande der Gottesfurcht und Pfaffenherrschaft sehr streng sind. In den Varietéhallen war damals ein Lied sehr beliebt, das unter anderem die Strophe hatte: »Wir wünschen nicht zu kämpfen, aber bei Jingo, wenn wir müssen, dann ...« Dieser Ausdruck „by Jingo" sollte dartun, was für furchtbare Kerls die Engländer oder mindestens die betreffenden Sänger seien, und was sie alles fertigbrächten, wenn nur die Gelegenheit dazu käme. Da der Ausdruck sehr oft von den übergeschnappten Anhängern dieses übertriebenen Nationalismus gebraucht wurde, so wurden sie Jingos und ihre Richtung Jingoismus genannt.

Sehr lehrreich sind die Debatten, die im Jahre 1876 im englischen Parlament über das Gesetz stattfanden, das die Regierung des Grafen Beaconsfield vorschlug und auch durchsetzte, um der Königin von England den Titel Kaiserin von Indien zu verleihen. Dieses Gesetz wurde aus zwei Gründen von den Liberalen angefochten. Erstens hatten sie Angst, daß der traditionelle Titel Königin von England durch den höheren Titel Kaiserin in den Schatten gestellt würde. Die Liberalen zeigten sich hier konservativer und königstreuer als die Konservativen und die Königin selbst. Zweitens bemängelten sie, daß die Kolonien (im engeren Sinne, unterschieden von Indien, das eine Sonderstellung einnimmt) nicht berücksichtigt waren.[2] Was die erstere Einwendung betrifft, so wirft sie ein interessantes Licht auf die staatsrechtliche Auffassung der leitenden englischen liberalen Staatsmänner, vor allem auf Gladstone, der ganz kategorisch erklärte, die Rechte der Krone seien ganz unabhängig vom Parlament, was sehr sonderbar klingt, wenn man bedenkt, daß das Parlament es war, wodurch das jetzige englische Königshaus auf den Thron gerufen wurde. Aber noch interessanter sind die verschiedenen Reden, mit denen Herr Disraeli, den man immer als Vater des Imperialismus bezeichnet, seine Gesetzesvorlage verteidigte. Auf die Anfrage, weshalb der Königin der neue Titel nicht damals verliehen worden sei, als die englische

[2] Die staatsrechtliche Stellung der englischen Kolonien ist sehr verschieden. Ganz abgesehen von Ostindien, das ein Reich für sich selbst bildet, sind die britischen Kolonien zum Teil fast selbständige Staaten mit eigenen Parlamenten, so Kanada, Australien, Südafrika. Diese sind hier meist gemeint, wenn von Zusammenfassung der englischen Kolonien mit dem Mutterland zu einem Reich die Rede. Daneben gibt es Kronkolonien ohne Parlament, deren Regierung von der englischen ernannt wird. Es sind teils Inseln und einzelne Häfen und Küstenstriche ohne große Bedeutung.

Regierung dem Regiment der alten Ostindischen Gesellschaft ein Ende machte und die Verwaltung selbst übernahm (1858), antwortete Disraeli, daß diese Zeit dazu nicht angetan gewesen wäre, weil damals die Schwerter der englischen Soldaten noch von dem Blute des soeben unterdrückten indischen Aufstandes befleckt waren, mit anderen Worten: von dem Blute eines Teiles des indischen Volkes. Diese Antwort beweist, daß der alte Disraeli ein sehr feines Gefühl für die Empfindung des Volkes hatte, und daß er sich nicht scheute, dieser Empfindung Ausdruck zu verleihen. Andererseits zeigen seine Bemerkungen über die englischen Kolonien, wie weit der Vater des englischen Imperialismus von dem Standpunkt der heutigen Imperialisten entfernt war. Die Kolonisten würden sich beleidigt fühlen, meinte er, wenn man es für notwendig halten würde, die Kolonien besonders zu nennen. Sie betrachteten sich nur als Engländer, die in den Kolonien ihren Wohnsitz und Erwerb hätten, und ihr ganzes Streben sei darauf gerichtet, schnell reich zu werden, damit sie sobald als möglich nach England zurückkehren könnten, was sie auch fertigbrächten. Eine Vertretung in England wünschten sie gar nicht, denn sobald sie nach England kämen, ließen sie sich beim Hof vorstellen, wo sie gern gesehen würden, sie seien folglich in der Lage, ihre Wünsche persönlich zu vertreten. Außerdem kauften sie Rittergüter in England und spielten in der englichen Hofgesellschaft eine große Rolle. Was könnten sie mehr wünschen?

Daß derartige Ansichten schnurstracks denjenigen entgegengesetzt sind, die wir heute als Imperialismus bezeichnen, ist klar. Der englische Imperialismus betont vor allem die Notwendigkeit der Vertretung der Kolonien in der englischen Reichsregierung. Ein Reichsbund (Imperial Federation) oder ein Reichsrat mit gewählten Vertretern der verschiedenen Kolonien ist schon lange das Ziel der britischen Imperialisten, das vor allem auf der Voraussetzung beruht, daß die Bevölkerung der Kolonien eine ständige ist, die diese als Heimatboden für sich selbst und ihre Nachkommen betrachten. Die Idee, die richtige Vertretung der Kolonien in England bildeten ein paar heimgekehrte Millionäre, würde sowohl von den Imperialisten wie von den Kolonisten als ganz lächerlich betrachtet werden.

So unsympathisch und gefährlich der Imperialismus in seinen Bestrebungen ist, seinen Einfluß verdankt er, wie das bei allen großen politischen Bewegungen notwendig der Fall sein muß, dem demokratischen Zug, der zum wenigsten anfangs durch ihn ging. Es ist kein Zufall, daß gerade viele aufrichtige Demokraten, Männer, die der Internationale nahegestanden hatten, wie Joseph Cowen, durch diesen Schein verleitet, als begeisterte Imperialisten endeten. Ich will keineswegs behaupten, daß bei diesen Männern der demokratische Zug das bestimmende Moment war. Es spielte damals bei allen Demokraten auch die Angst vor der russischen Autokratie eine große Rolle, und daß auch kapitalistische Motive mit im Spiele waren, ist klar. Aber der demokratische Zug hat manchen den Weg zum Imperialismus sehr erleichtert. Es wurde ein großartiges Bild eines demokratischen Weltreichs entworfen, einer weltumspannenden Demokratie des britischen Volkes, die für die übrige Menschheit vorbildlich sein sollte. Daß dieses Bild sehr verschwommen war, hat nicht verhindert, daß es auf viele Menschen eine große Wirkung ausübte. Erst als man den Versuch machte, die Idee in die Praxis umzusetzen, sah man ein, wie unklar sie war und welche Schwierigkeiten ihre Verwirklichung

fand. Es ist klar, daß dieser spätere Imperialismus einer Gedankenwelt entsprang, die himmelweit entfernt von der Gedankenwelt seiner Anfänge war. Nichts zeigt deutlicher die kolossale Kluft, die zwischen dem damaligen politischen Denken und dem heutigen in diesen Fragen gähnt, als die Tatsache, daß außer dem liberalen Foster kein Abgeordneter an den obigen Äußerungen des Herrn Disraeli Anstoß nahm.

Die Politik des Herrn Disraeli, der inzwischen Graf v. Beaconsfield geworden war, erlitt allerdings eine Niederlage bei den Wahlen, die im Jahre 1880 stattfanden. Der alte liberale Führer Gladstone, der sich zum Wortführer der Opposition gegen die Disraelische Richtung aufgeschwungen hatte, erhielt eine große Mehrheit in dem neuen Parlament und wurde deshalb an Stelle Beaconsfields zum Ministerpräsidenten ernannt. Beaconsfield starb kurz danach. Noch vor seinem Tode zeigte es sich, daß die Politik Gladstones trotz der großen Phrasen, die er gegen die Abenteuerpolitik Disraelis geschleudert hatte, ebenso kriegerisch, ja noch kriegerischer war als die Beaconsfields, nur daß man statt der schauspielerischen Art Beaconsfields die salbungsvollen Töne des Priesters hörte. Denn Gladstone war ein orthodoxer Christ strengster Observanz, dessen Lieblingsbeschäftigung die Verteidigung des christlichen Glaubens bildete, und dieser seiner religiösen Orthodoxie hatte er nicht am wenigsten seinen großen Einfluß auf die Massen zu verdanken.

Wenn man heute wieder die großen Wahlreden kritisch liest, die Gladstone damals gegen Beaconsfields Politik hielt, so sieht man trotz der tönenden Worte des Entrüstens über die leichtfertige Politik seines Vorgängers sehr deutlich, wie sorgfältig der alte Fuchs es mied, mit irgendeinem Worte anzudeuten, welche Politik er selbst einzuschlagen beabsichtigte. Und doch waren seine Reden darauf berechnet, den Schein zu erwecken, als ob der Redner, sobald er ans Ruder käme, alles daransetzen würde, sobald als möglich eine derartige verderbliche und gefährliche Politik zu ändern. Aber dafür geschah so gut wie nichts. Zwar machte Gladstone die 1877 von Disraeli vorgenommene Einverleibung der Transvaalrepublik rückgängig, aber erst, nachdem die Buren über die englische Armee einen großen Sieg am Majubahügel, Februar 1881, gewonnen hatten und es offenbar war, daß, wenn die Politik Beaconsfields fortgesetzt würde, England zu großen Anstrengungen bereit sein mußte, um die Buren zu besiegen. Und das zu einer Zeit, wo England Gefahren von mehr als einer Seite drohten und die Regierung es nicht wagte, ihre Kräfte derart festlegen zu lassen. Dasselbe wiederholte sich ein paar Jahre später im Sudan. Erst nachdem dort eine Abenteuerpolitik zu wiederholten Niederlagen geführt hatte, entschloß man sich, sie aufzugeben. Durch diese Art trieb man natürlich nur Wasser auf die Mühlen der Gegner. Wenn der alte Gladstone es wirklich für wünschenswert gehalten hätte, dem Imperialismus Vorschub zu leisten, so hätte er nicht besser handeln können, als er es tat; dadurch nämlich, daß er den Antiimperialismus mit einer Politik der Schwäche und vor allem der Inkonsequenz verband. Die Inkonsequenz war die Folge der Uneinigkeit der Regierung, bei der heute eine kriegerische, morgen eine friedliche Strömung herrschte. Ihre Gegner versuchten natürlich nicht, die Widersprüche der Regierung philosophisch zu erklären. Sie nutzten sie gründlich aus, um die Liberalen oder die Kleinengländer, wie die Gegner des Jingoismus genannt wurden, tüchtig her-

unterzureißen. Auf diese Art wurde der Jingoströmung in der englischen Politik nur Vorschub geleistet. Dieselbe liberale Regierung, die ihre Vorgänger wegen ihrer Einmischung in Ägypten angriff, schlug selbst eine Politik ein, die mit der praktischen Einverleibung Ägyptens in das britische Weltreich endigte. Und nur deshalb, weil die Ägypter Miene machten, sich selbständig zu machen und vor allem von der Herrschaft des internationalen Finanzkapitals loszukommen, ließ Gladstone sie mit Gewalt unterdrücken.

Der Imperialismus und die Frage der Reichsorganisation.

Das war eigentlich der Anfang des britischen Imperialismus im modernen Sinne. Imperialismus bedeutet von jetzt an zweierlei, das allerdings eng miteinander verbunden ist. Erstens, wie schon gesagt, den Wunsch, aus den vielen Teilen des britischen Kolonialreiches ein wirkliches Weltreich zu machen, dessen Teile organisch zusammengehören, anstatt bloß zusammengeworfen zu sein; zweitens den anderen Wunsch, dieses Kolonialreich möglichst auszudehnen. Dabei spielte nicht nur die Idee, daß die Kolonien Absatzgebiete für britische Waren sein konnten, eine sehr wichtige Rolle, sondern auch die Frage, ob man die Kolonien nicht dazu heranziehen könne, ihren Teil zu den Kosten der Rüstungen zu Lande und zur See beizutragen. Solange das Wettrüsten nicht in dem heutigen Maße eingesetzt hatte, war England in der Lage, die Rüstungsausgaben selbst zu tragen. Sobald aber diese begannen, fortwährend zu wachsen, lag die Frage sehr nahe, ob die Kolonien an der Tragung der Ausgaben nicht teilnehmen könnten. Es wurde gesagt, bis jetzt hätten sie den Schutz des britischen Weltreiches genossen, ohne dafür zu zahlen. Nur war die Frage, wie sie heranziehen? Wenn die Kolonien zu den Rüstungsausgaben beitragen sollten, so mußte ihnen auch eine Mitbestimmung an der englischen Politik eingeräumt werden. Jahrelang half man sich über diese peinliche Frage dadurch hinweg, daß die Kolonien freiwillige Beiträge leisteten und selbständig ihre Landrüstungen betrieben usw., allerdings unter der Aufsicht englischer Offiziere. Sogar am südafrikanischen Kriege von 1899/1900 nahmen koloniale Truppen freiwillig teil. Allein die Begeisterung, die solche Opferwilligkeit hervorrief, konnte nicht auf die Dauer über die Tatsache hinwegtäuschen, daß diese Leistungen der Kolonien in der Tat minimal waren.

Ich spreche allerdings in dieser Beziehung nicht von Indien. Die armen Indier, die müssen für alles zahlen. Zum Beispiel wurden die australischen und kanadischen Truppen in Südafrika von England bezahlt, die indischen Truppen dort aber von Indien. Die englischen Truppen wieder, die in Indien dienen, werden ebenfalls von Indien bezahlt. Indien ist in der Tat eine Milchkuh für den englischen Militarismus. Nachdem die indischen Truppen in Südafrika für das britische Reich gefochten hatten, wurden Indier trotzdem, wenn sie nicht gar als Asiaten ihre Ausweisung aus Südafrika erhielten, was oft genug geschah, dort doch wenigstens als Bürger dritter oder vierter Güte behandelt und an der Ansiedlung verhindert. Von Freizügigkeit war gar keine Rede, und das alles, weil man ihre Konkurrenz fürchtete.

Die erste greifbare Gestalt, die die imperialistische Bewegung annahm, war die Forderung einer sogenannten Imperial Federation, eines Vertretungskörpers für die Verwaltung der gemeinsamen Interessen des Weltreiches. Diese Forderung wurde zuerst in einem Buche von Sir Frederik

Young im Jahre 1876 formuliert. Derselbe hatte schon 1871 gemeinsam mit zwei anderen Verfassern ein Manifest erlassen, in dem ausgesprochen wurde, die britische Verfassung müsse in der Richtung weiterentwickelt werden, daß sie dem inzwischen entstandenen britischen Kolonialreich Rechnung trage und den Kolonien eine Vertretung in der Regierung sichere. Wenn die Kolonien diese nicht erhielten, so würden die Beziehungen zwischen ihnen und dem Mutterland immer loser und loser werden, und sie könnten außerdem nicht zur Tragung ihres Anteils an den militärischen und marinistischen Lasten des Reiches herangezogen werden. Die Vereinigten Staaten Amerikas hätten sich losgelöst, als versucht wurde, ihnen ohne ihre Einwilligung Steuern aufzuerlegen, und keine englische Regierung hätte es seither gewagt, mit den anderen Kolonien dasselbe zu riskieren (immer, wie gesagt, Indien ausgenommen).

Stets bestanden große Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Form diese Vertretung der Kolonien erhalten sollte: ob die Kolonien Vertreter im englischen Parlament haben oder ob ein besonderer Rat für sie geschaffen werden sollte. Englischer Gewohnheit gemäß versuchte man, soviel wie möglich den Schein zu vermeiden, als ob etwas Neues geschaffen würde. Die Regierung versuchte stets und tut es noch heute, das Alte zu flicken, nur ja nicht etwas von Grund aus Neues aufzubauen. Denn es würde das konservative englische Volk abstoßen, meinte sie, wenn man ihm etwas ganz Neues böte. Man müsse den Bürgern sagen, daß das, was neu erscheine, schon längst dagewesen sei, nur ohne daß sie es wußten; dann würden sie das Neue annehmen, sonst lehnten sie es ab. Ob diese Meinung berechtigt ist, darf meines Erachtens bezweifelt werden. Tatsache ist, daß die Politiker es für bequem halten, so zu handeln, als ob sie richtig wäre, denn auf diese Weise läßt sich das, was man erstrebt, ohne revolutionäre Änderungen erreichen, die vielleicht die Stellung der regierenden Klassen selbst in Frage stellen könnten. *Mit anderen Worten: es ist nicht das englische Volk, das so sehr zu Kompromissen aller Art neigt, wie man so oft auch in deutschen Parteischriften liest, sondern das scharfe Klassenbewußtsein der englischen regierenden Klassen hat diese Klassen gelehrt, große Änderungen zu meiden, da ihre Folgen unübersehbar sind.* Das ist aber nur dadurch zu erreichen, daß man den Änderungen rechtzeitig mit kleinen Maßnahmen entgegenkommt. In dieser Weise wollte man auch die Frage der Reichseinheit lösen. Anstatt eine neue Körperschaft zu bilden, sollte den Kolonien einfach eine Vertretung im englischen Parlament, und zwar im englischen Oberhaus eingeräumt werden. Man hoffte dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: nämlich den Kolonien eine Vertretung in der englischen Regierung zu gewähren und so die Frage der Reichseinheit zu lösen und zu gleicher Zeit ein starkes Herrenhaus mit einem Ansehen herzustellen, das das bestehende nicht hatte und das dadurch die Macht bekäme, Maßnahmen der britischen Demokratie gegen das Eigentum zu verhindern. Eine solche Körperschaft hätte wie der amerikanische Senat einen viel größeren Wert als Verteidiger der Interessen der privilegierten Klassen, da sie nicht bloß aus Mitgliedern bestünde, die nur sich selbst vertreten, sondern eine scheinbare demokratische Grundlage hätte.

Man sah aber bald ein, daß dieser Plan sich nicht verwirklichen ließ. Hätte man ihn ausgeführt, so wären die Kolonien berechtigt gewesen, in die

britische Gesetzgebung einzugreifen, das englische Volk aber hätte in den Kolonien nichts zu sagen gehabt. Das würde dieses sich nicht haben gefallen lassen. Man versuchte dann eine Art von Reichssenat zu schaffen, der sich aus Vertretern der Kolonien und des Mutterlandes zusammensetzen und nur in Reichssachen entscheiden sollte, so wie der Reichstag und die Reichsregierung in Deutschland. Diese Sache wird seit fast vierzig Jahren in England diskutiert, bis jetzt ohne nennenswertes Resultat. In der Tat kann man sagen, daß die Schwierigkeiten um so größer werden, je näher man an das Problem herankommt. Auf der Reichskonferenz im Jahre 1911 fand eine sehr interessante Debatte über diese Frage statt. Der Vertreter von Neuseeland hatte eine Resolution eingebracht, die die Reichsregierung aufforderte, einen Reichsrat mit Vertretern der selbständigen Kolonien ins Leben zu rufen, der die Regierung in allen Kolonialfragen beraten sollte. Diese Resolution, obwohl sehr unbestimmt, wurde einstimmig abgelehnt sowohl von der Reichsregierung wie von allen anderen Kolonien, von den letzteren mit der ausdrücklichen Motivierung, daß sie keineswegs gewillt seien, ihre Selbständigkeit irgendwie kürzen zu lassen. Merkwürdig ist es, daß dasselbe Neuseeland, das so eifrig für einen Reichsbund eingetreten ist, es bis jetzt abgelehnt hat, in den Australischen Bund einzutreten, obwohl es auf der Hand liegt, daß es viel leichter ist, solche Länder zusammenzubringen, die alle im gleichen Erdteil liegen und deren Bevölkerung die gleiche Sprache und gleiche Sitten haben, als Länder, die in verschiedenen Erdteilen von den Tropen bis zu den Polen zerstreut sind und deren Bewohner große Unterschiede in Sprache, Sitte und Überlieferung voneinander trennen. Es muß allerdings bemerkt werden, daß der Ministerpräsident von Neuseeland, der die obige Resolution auf der Reichskonferenz einbrachte, bei den nachfolgenden Wahlen eine Niederlage erlitt und mit seinem Ministerium zurücktreten mußte. Doch ist damit nicht gesagt, daß die Haltung der Regierung von Neuseeland in der Reichspolitik dadurch mißbilligt wurde und geändert werden soll. Sie wird wohl unverändert bleiben.

Die Zusammenfassung des Reiches durch den Schutzzoll.

Es würde zu weit führen, wollte man bis ins einzelne diese Idee eines britischen Reichsbundes kritisch beleuchten. Es genügt zu sagen, daß die Schwierigkeiten, das britische Reich auf politischem Wege zu vereinigen, einige einflußreiche Leute, unter ihnen den bekannten, eben verstorbenen Staatsmann Chamberlain, veranlaßt haben, dieses Ziel auf ökonomischem Wege zu erstreben.

Chamberlain, der für einige deutsche Schriften der Erfinder des britischen Imperialismus ist, hat gewiß mehr getan als irgendein anderer, um der Diskutierung des Imperialismus ihren akademischen Charakter zu nehmen und sie in den Mittelpunkt des politischen Lebens zu drängen. Chamberlain, selbst ursprünglich ein entschiedener Linksliberaler, der sich durch seine scharfen Reden gegen die Aristokratie im Jahre 1884 bei ihr sehr verhaßt gemacht hatte, kam 1886 mit den Liberalen in Konflikt über die irische Selbstverwaltungsvorlage, in welcher Frage die Liberalen damals eine plötzliche Schwenkung machten. Seine Opposition gegen diese Politik brachte ihn mit den Konservativen zusammen, mit denen er schließlich im Jahre 1895 ein gemeinsames Ministerium bildete. Charakteristisch war es

für den Mann, daß er bei der Verteilung der Posten im Ministerium die bis dahin untergeordnete Stellung des Kolonialministers übernahm, um dadurch dieses Amt zu einem der wichtigsten in dem Ministerium zu machen, was es auch geblieben ist. Damit wollte er den Anfang einer neuen Epoche der englischen Politik bezeichnen, der imperialistischen Epoche. In diesem Sinne ist es richtig, daß Chamberlain als Kolonialminister den Imperialismus zur Richtschnur der englischen Kolonialpolitik erhob. Als er, nachdem er fast ein Jahrzehnt lang im Amte gewesen, zu der Überzeugung kam, daß auf dem bisherigen Wege die Reichseinheit nicht zu erreichen sei, sondern nur auf dem Wege innigerer Handelsbeziehungen, legte er sein Amt als Kolonialminister nieder, um freie Hand zu gewinnen, eine Volksbewegung ins Leben zu rufen, durch die dieser Zweck erreicht werden sollte. Was er erstrebte, war nichts Geringeres als die Abkehr von der langjährigen englischen Freihandelspolitik zum Schutzzoll. England und seine Kolonien sollten einen Zollverein bilden. Für diese Idee wurde eine Organisation, die Liga für die Reform des Zolltarifs, ins Leben gerufen. Von Chamberlain und seinen Freunden wurde gesagt: Wir arbeiten für die Reichseinheit, wenn wir die Geschäftsbeziehungen zwischen England und seinen Kolonien pflegen. Wenn England und seine Kolonien ökonomisch aufeinander angewiesen sind, so ist das jedenfalls wichtiger, als wenn eine politische Einheit erreicht wird. Denn die letztere steht ohne die erstere auf sehr schwankenden Füßen, und wenn einmal die ökonomische Einheit erzielt ist, so wird sie wohl eine gewisse politische Einheit mit sich bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte man vor allem, und das war der wunde Punkt, Zölle auf Lebensmittel, auch auf Rohmaterialien wieder einführen, denn gerade diese Produkte bilden die Kolonialausfuhr nach England.

Wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, müßten die englischen Wähler davon überzeugt werden, daß der Freihandel ihre Interessen schädigte und daß ein Zoll auf Getreide die Preise ihrer notwendigen Lebensmittel nicht erhöhen würde. Wenn mit demagogischem Schwindel und Betrug etwas zu erreichen wäre, hätten die englischen Schutzzöllner, die sogenannten Tarifreformer, ihr Ziel erreichen müssen. Was diese Leute versprochen haben, übertrifft wohl alles, was in der Beziehung geleistet worden ist, wenigstens in England. Bei einer solchen Bewegung wirken natürlich viele Momente mit, und die Bewegung für die Tarifreform wurde dadurch begünstigt, daß die Tarifreform ein Mittel würde, die wachsenden Geldbedürfnisse des Staates zu decken, ohne daß die Reichen mit direkten Steuern allzusehr belastet werden. In England zahlen die Arbeiter keine direkten Steuern, und es hat der Bourgeoisie immer eine gewisse Sorge bereitet, daß die Arbeiter ihre politische Macht dazu ausnützen könnten, auf Kosten der Bourgeoisie ihre eigenen Wünsche zu befriedigen. Aber ganz abgesehen davon: die Kosten der Kriegsrüstungen drohen von Tag zu Tag unerträglicher zu werden, und die englische Bourgeoisie möchte diese wie die Bourgeoisie anderer Länder auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen. Gerade aus diesem Grunde hat die Bewegung diejenigen Schichten der Bevölkerung erfaßt, die von Gehalt oder Zinsen leben und Einkommensteuer zahlen, die Rentiers, die pensionierten Offiziere, Beamte usw. Das ist wohl das Rückgrat der ganzen Schutzzollbewegung in England. Natürlich hoffen bestimmte Schichten der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, außerdem gewisse Profite aus den

Schutzzöllen für sich selbst herauszuschlagen. Aber im Gegensatz zu Deutschland, wo die Bewegung von den Agrariern und dem Scharfmacherverband getragen wird, ist es in England weniger die Hoffnung von Kapitalisten und Großgrundbesitzern, etwas Bestimmtes zu gewinnen, die die Bewegung nährt, als das Klassenbewußtsein der englischen Bourgeoisie und ihre Angst vor Steuern. Es ist sicher kein Zufall, daß die konservative Partei bei den letzten Wahlen die Alternative gestellt hat: Tarif, das heißt Schutzzoll, oder Sozialismus. Natürlich war das liberale Budget, das von den Konservativen als Sozialismus bekämpft wurde, noch lange kein Sozialismus. Aber die besitzenden Klassen hatten ganz richtig empfunden, daß es sich darum handelte, wer zahlen sollte, sie oder die Arbeiterschaft; und jeden Versuch, sie zahlen zu lassen, suchten sie mit dem Rufe abzuwehren, das Budget sei Sozialismus. Sie machten es eben geradeso wie die deutschen Konservativen, die die Erbschaftssteuer unter Bülow ablehnten und zur Begründung dafür sie als sozialistisch und Gott weiß was noch verschrien. Das ist leicht erklärlich. Denn wollten die besitzenden Klassen Steuern usw. mit dem einfachen Hinweis darauf ablehnen, daß sie kein Geld für den Staat hergeben wollen, so würde man sie auslachen. Anders ist es, wenn sie ihre eigenen Klasseninteressen als allgemeine Interessen hinstellen, die verhaßten Steuern als den Anfang des Sozialismus verschreien und über die Gefährdung des Vaterlandes, der Sittlichkeit usw. donnern.

Nur schade für diese schönen Pläne der englischen Imperialisten, daß die Mehrheit der englischen Wähler, vor allem natürlich die Arbeiterpartei, es bis jetzt vollständig abgelehnt hat, eine derartige Politik zu unterstützen. Allerdings hat bei dieser Ablehnung die Teuerung auch eine wichtige Rolle gespielt. Und nicht nur die Arbeiter, die wichtigste englische Exportindustrie und die großen Reedereien haben sich fast einstimmig dagegen erklärt. Und so ist denn die ganze Arbeit der Tarifreformer umsonst gewesen trotz aller Anstrengungen, trotz aller Versuche sehr gewandter Redner, die Sache mundgerecht zu machen, trotz der schönsten Versprechungen an alle Schichten der Bevölkerung und vor allem trotz der Tatsachen, die beweisen, daß nach siebzig Jahren Freihandel die soziale Frage immer noch nicht gelöst ist, daß das Massenelend eher wächst als abnimmt.

Heute zeigt sich in der englischen konservativen Partei wegen dieser Frage eine geteilte Auffassung. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat man es zwar durchgesetzt, daß diejenigen Elemente aus der Partei hinausgedrängt wurden, die irgendwelche Bedenken gegen die Schutzzollpolitik, vor allem gegen Zölle auf Lebensmittel hegten. Der Führer der Partei wurde entfernt, weil er sich nicht energisch genug für die Schutzzollpolitik aussprach. Trotzdem erkennen heute die einsichtigsten und einflußreichsten Männer der Partei, daß diese Politik nicht durchzusetzen ist. Eine Partei, die sich nicht klipp und klar mindestens gegen Lebensmittelzölle erklärt, hat in England gar keine Aussicht auf Erfolg. Ein Versuch wurde gemacht, die Sache insoweit zu retten, als man erklärte, die Konservativen würden nur dann Lebensmittelzölle einführen, wenn die Kolonien durch ihre Vertreter das verlangen sollten. Die Kolonien haben aber entschieden dagegen protestiert, als man ihnen zumutete, das zu tun, was die Konservativen nicht den Mut haben selbst auszuführen. Vor allem waren sie darüber empört, daß ihnen die Rolle zugeteilt werden sollte, der englischen Arbeiterbevölkerung unbeliebte Steuern

im Interesse der kolonialen Handelspolitik aufzuerlegen. Das wäre wohl den Arbeiterparteien in den englischen Kolonien zu starker Tabak gewesen.

Es wurde dann versucht, die Lebensmittelzölle preiszugeben, dafür aber Industriezölle zu fordern, vor allem auf fertige Industrieprodukte. Die englischen Landwirte erklärten aber, wenn man ihnen keine Getreidezölle gewähre, würden sie sich gegen die Zölle auf Industrieprodukte wenden, die nur ihre Verbrauchsgegenstände verteuerten, ohne daß sie irgendwelchen Vorteil davon hätten. Schließlich will man die ganze Angelegenheit dadurch auf die lange Bank schieben, daß man erklärt: Selbst wenn im Parlament eine Mehrheit für den Schutzzoll vorhanden wäre, solle doch kein Zolltarif eingeführt werden, bis die Wähler nochmals darüber ihr Urteil gesprochen hätten. Dieser letzte Versuch wird aber von niemand ernst genommen. Man weiß nur zu gut, wie wenig Wert derartige verzweifelte Versprechungen haben. Vorderhand hat die konservative Partei keine Aussicht auf parlamentarische Erfolge, solange sie sich nicht klipp und klar gegen Schutzzölle erklärt, und das wird sie kaum tun können.

Eine noch größere Gefahr droht vielleicht der gegenwärtigen Politik der Schutzzöllner aus der zunehmenden Industrialisierung der Kolonien. Wenn die Schutzzöllner von den Freihändlern mit Recht sagen, daß ihre Weltanschauung einen Zustand als Voraussetzung hat, bei dem England die Rolle des Fabrikanten für eine Welt spielt, die das Rohmaterial liefert, so ist es in noch höherem Maße von den Schutzzöllnern wahr, daß sie sich einen Zustand als permanent ausmalen, in dem die Kolonien das Rohmaterial für die Fabriken des Mutterlandes liefern und andererseits das Absatzgebiet für fertige Industriewaren bilden. Auf diesem Schema beruht die ganze Tarifreformpolitik. Wenn beispielsweise bis jetzt in Kanada und in anderen Kolonialländern der englischen Krone vorwiegend der geschilderte Zustand herrschte, so muß die industrielle Entwicklung aller dieser Länder neue Verhältnisse schaffen, die sie von den Industrien des Mutterlandes unabhängig machen. In der Tat strebt die Entwicklung der Dinge diesem Ziele zu. In Neuseeland zum Beispiel meint man einer großen industriellen Zukunft entgegenzusteuern, wobei die Wasserkräfte, die reichlich vorhanden sind, sehr billige Energien liefern können. Auf dieser Art und Weise wäre, wie ein dortiger Regierungsbeamter der königlichen Untersuchungskommission dargelegt hat,[3] Neuseeland allein imstande, ganz Australien industriell zu versorgen und dies Gebiet gegen alle Konkurrenten zu behaupten. Das ist allerdings Zukunftsmusik, wenn man aber den amtlichen Ziffern nachgeht, so sieht man, daß sich in den Kolonien eine ansehnliche Industrie entwickelt. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß sich die Verhältnisse nicht anders gestalten können. Denn ebenso wie die industrielle Entwicklung Deutschlands den Verkehr zwischen England und Deutschland nicht vermindert hat (siehe die Tabelle 2 auf S. 27), könnte sich dasselbe in dem zukünftigen Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonien zeigen. Allerdings ist diese Hoffnung nur eine geringe. So mechanisch und schematisch vollzieht sich die Entwicklung kaum. Was nun die Pläne der britischen Tarifreformer betrifft,

[3] Eine Kommission, die von der Reichsregierung ernannt wurde, um den Reichtum, die Naturanlagen und sonstiges wirtschaftlich Interessante der britischen Besitzungen festzustellen (mit Ausschluß der Schutzzollfrage). Die Kommission bereist jetzt das ganze britische Reich.

so werden sich diese wohl kaum mit dem zunehmenden Nationalgefühl der Kolonien vertragen; denn daß dieses ziemlich stark zugenommen hat, besonders in den letzten Jahren, das müssen die Imperialisten selbst zugeben. Allerdings könnte die Entwicklung der Kolonien in dieser Richtung dadurch eine Hemmung erfahren, daß die englischen Kapitalisten die wichtigsten Rohstoffquellen in den Kolonien besitzen und diese Macht als Besitzer ausnützen.

Um zu verhindern, daß die Rohstoffe in den Kolonien verarbeitet werden und auf diese Weise dort eine konkurrierende Industrie erwächst, könnte man sie in England in eigenen Fabriken behandeln lassen oder auch in anderen Ländern, wo die Löhne billiger sind.

Sollte es sich wirklich zeigen, daß derartig die englischen Kapitalisten die industrielle Entwicklung sagen wir in Australien, Kanada oder Neuseeland im Interesse ihrer Geldschränke hemmen wollten, so glaube ich, daß die betreffenden Kolonien sich dagegen auflehnen und vielleicht auch für unabhängig erklären würden. Über die Beziehungen zwischen Kanada und dem britischen Weltreich einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits gibt sehr wertvolle Auskunft der Artikel eines Korrespondenten der Londoner »Times«, des leitenden Organs des britischen Imperialismus. Dieser Artikel, den man wohl als Alarmruf bezeichnen kann, weist auf die große und zunehmende Abhängigkeit Kanadas von den Vereinigten Staaten hin. Der bekannte Gegner des Imperialismus M. J. A. Hobson hatte in dem Buche „Canada to-day", das er vor einigen Jahren herausgab, ungefähr dasselbe gesagt. Aus dem Buche wie aus dem Artikel ersieht man, daß Kanada, was das ökonomische und kulturelle Leben betrifft, mit seinen sieben Millionen Menschen den Vereinigten Staaten gegenüber mit ihren rund 100 Millionen Menschen seine Selbständigkeit gar nicht behaupten kann. Gar nicht zu reden von der Wirkung der großen amerikanischen Trusts usw., die auch in England selbst eine große Macht darstellen. Man berücksichtige noch dabei, daß die Sprache die gleiche ist und daß die kanadischen Zeitungen von den amerikanischen Nachrichten- und Depeschenbureaus abhängig sind. Das Volk liest außerdem nur amerikanische Zeitschriften und Monatsschriften (Magazines). Die Sitten und Gewohnheiten des kanadischen Volkes sollen auch heute schon durchaus amerikanisch sein. Wenn dort trotzdem noch immer eine gewisse Abneigung gegen die Vereinigten Staaten besteht, die ihren Ausdruck in imperialistischen Kundgebungen zum Teil gefunden hat, so wird das wohl auf die Dauer nicht viel mehr zu bedeuten haben als der Kampf der Kleinbürger in den Vereinigten Staaten gegen die Trusts. Vor allem, weil die englische Reichsregierung selbst jedem Kampfe mit den Vereinigten Staaten ängstlich aus dem Wege geht. Was Kanada betrifft, so hat die englische Regierung das Land immer im Stiche gelassen, wenn Gefahr vorhanden war, mit Amerika in Konflikt zu kommen. Amerika gegenüber ist der britische Imperialismus ziemlich machtlos. Das wird klarer, wenn wir die Frage aufwerfen, inwieweit England sich auf seine Kolonien als Lieferanten von Rohmaterial verlassen kann. Zur Beantwortung dieser Frage wird sehr interessantes Zahlenmaterial in dem Statistical Abstract for the United Kingdom (ed. 7022, London 1913) veröffentlicht. Da sieht man, daß zum Beispiel Baumwolle zu drei Vierteln aus den Vereinigten Staaten kommt, und wenn sich auch der Bezug aus anderen Ländern, namentlich von Ägypten her enorm gesteigert hat, so hat dies doch

nicht den Import aus den Vereinigten Staaten beeinträchtigen können. Britisch-Indien andererseits (Statistical Abstract for British India, cd. 7078, London 1913) lieferte im Jahrzehnt bis 1908 drei- oder viermal so viel Baumwolle nach Deutschland wie nach England, allerdings ist das Verhältnis in den letzten Jahren für England nicht mehr so ungünstig, da der deutsche Absatz zurückgeht, während der englische wieder steigt, nur werden alle beide von Japan übertroffen, das jetzt die Hälfte der gesamten indischen Baumwollexausfuhr übernimmt. Nun ist die Baumwollfrage wohl für England die wichtigste von allen Fragen des Rohstoffimportes, denn die Baumwollindustrie ist die weitaus größte aller britischen Industrien. Und in diesem Importartikel ist England ganz abhängig von den Vereinigten Staaten.

Was die Einfuhr von Wolle betrifft, so wird dieser Rohstoff fast vollständig von den Kolonien geliefert, namentlich von Australien. Auch Getreide, namentlich Weizen, in welchem Artikel England bekanntlich ganz abhängig von anderen Ländern ist, wird mehr und mehr von den Kolonien geliefert. Im Jahre 1912 hat Kanada sogar die Vereinigten Staaten darin als Lieferant übertroffen, während nach den letzten Berichten von 1913 die Vereinigten Staaten sich infolge einer ganz abnormen Ernte nochmals an die Spitze gestellt haben. Mit der allgemeinen Einführung der Ölmotoren, sobald auch die modernen Schiffskolosse zu diesem Typ und damit zu dem vom heutigen verschiedenen Brennmaterial übergehen, wird die Welt noch mehr von den Vereinigten Staaten abhängig werden, als sie es schon ist. Schon jetzt sind die Vereinigten Staaten die größten Produzenten von Petroleum, Kohlen, Stahl, Eisen, Zink, Blei, Kupfer, Aluminium, Baumwolle, Tabak, Bier, Hopfen, Mais, Hafer und Weizen. Man kann sich kaum vorstellen, welche ökonomische Macht sich daraus ergibt; und man muß sich fragen, wie und ob das britische Weltreich sich unabhängig von diesem Rivalen auf dem Gebiet der modernen kapitalistischen Entwicklung erhalten kann und wird. D a ß infolge der Entwicklung ihrer eigenen Industrie der Zeitpunkt kommen muß, wo die Vereinigten Staaten nicht mehr Rohmaterial ausführen können, ist wohl sicher. Nur w a n n dieser Zeitpunkt eintreten wird, ist nicht so klar. Bis jetzt haben sich die Yankees und ihr Land sehr entwicklungsfähig gezeigt, und das ungeheure Gebiet bietet vielleicht immer noch große Möglichkeiten zur Gewinnung von Rohstoffen. Jedenfalls wird, bis in dieser Beziehung eine Änderung der Dinge eintritt, das Weltbild sich in anderen Beziehungen stark gewandelt haben.

Die Vereinigung des Reiches durch gemeinsame Rüstungen.

Unterdessen traten Anzeichen dafür auf, daß durch andere, wenn auch weniger geräuschvolle Methoden die Frage der Reichseinheit auf dem besten Wege sei, sich selbst zu lösen. Erstens durch die unverbindlichen Reichskonferenzen, die in London alle vier Jahre abgehalten werden. Zweitens durch den Generalstab, in dem Vertreter der Kolonialregierung mit denen der Reichsregierung über eine gemeinsame Verteidigungspolitik beraten sollen. Seit einigen Jahren finden periodische Konferenzen der Ministerpräsidenten der selbständigen Kolonien mit der Reichsregierung statt. Diese Konferenzen, die auf eigenen Wunsch der Teilnehmer als Reichskonferenzen bezeichnet werden, haben sich ziemlich entwickelt und an Bedeutung gewonnen. Es ist nicht zu bestreiten, daß hier sehr wichtige Probleme diskutiert werden.

Die Tatsache, daß diese Diskussionen wenn nicht vollständig, so doch zum Teil veröffentlicht werden, kann sie zweifelsohne zu einem sehr wirkungsvollen Mittel machen, um das Reich zusammenzuhalten, da durch sie das Gefühl gestärkt wird, es gebe gemeinsame Probleme zu lösen und gemeinsame Interessen an ihrer Lösung.

Andererseits ist es aber nicht zu bestreiten, daß diese Methode nicht ungefährlich ist. Eine solche Konferenz ist ein britischer Bundesrat oder eine Vertretung der Regierungen und keine Vertretung der Völker. Wenn auch die Diskussionen veröffentlicht werden, so sind doch die Sitzungen nicht öffentlich, so daß die Teilnehmer es vollständig in der Hand haben, nur das zu veröffentlichen, was sie veröffentlicht sehen wollen. Wenn eine solche Konferenz mehr Macht gewänne, so könnte sie zu einem Mittel werden, eine demokratische Regierung im Reiche illusorisch zu machen, da die Minister auf Anfragen im Parlament immer auf irgendeinen geheimen Beschluß der Konferenz hinweisen könnten.

Aber noch größere Gefahren entstehen für die Demokratie aus den Kriegsrüstungen und der Schaffung eines Reichsgeneralstabs. Die parlamentarische Kontrolle über die Rüstungen der einzelnen Länder ist ohnehin gering genug. Was soll aber werden, wenn die Rüstungen von Vertretern der verschiedenen Regierungen und dazu von sogenannten Sachverständigen bestimmt werden? Das bißchen Kontrolle geht dann vollständig flöten. Es wird keines der Parlamente innerhalb des britischen Reiches eine wirkliche Macht mehr haben. Und nicht nur das. Wenn das britische Reich mit irgendeinem Lande in Krieg verwickelt wird, dann werden die Kolonien finden, daß es für sie kein Zurück mehr gibt. Ebenso kann sehr leicht ein Weltbrand dadurch entfacht werden, daß eine Kolonie mit irgendeiner Macht in Streit gerät. Man sieht daraus, wie gefährlich vom Standpunkt der Volksrechte aus betrachtet diese ganze Richtung ist und wie leicht dabei die Reaktion durch allerhand Schliche die Oberhand gewinnen kann. Und dabei muß bedacht werden, daß die Kolonien, die sogenannten selbständigen Kolonien, die hier allein in Betracht kommen, nur einen ganz kleinen Bruchteil des Reiches bilden. Man kann sagen, daß von ungefähr 400 Millionen Einwohnern des britischen Kolonialreiches (außer Großbritannien und Irland selbst) keine 20 Millionen das Recht haben, sich selbst zu regieren.

Der Imperialismus als Streben nach Gebietserweiterung.

Wir haben bisher den Imperialismus als das Streben nach Organisation und Konzentration des britischen Reiches untersucht. Betrachten wir ihn nun in dem Sinne, in dem das Wort heute gewöhnlich gebraucht wird, als das Streben danach, das Gebiet des britischen Reiches zu erweitern. Da sehen wir, daß dieses Streben durch den Vorwand gekräftigt wird, das Bestehende sei zu verteidigen. Der Besitz Indiens zum Beispiel, der England ursprünglich allerdings einen großen Teil seiner ökonomischen Macht gab, hat angeblich dazu geführt, daß England, um seinen Weg dorthin durch den Suezkanal zu sichern, Ägypten besetzte und, um seine Macht in Ägypten zu befestigen, auch das ganze Gebiet des Nil bis zu seinen Quellen an sich zog. Auf diese Art und mit derartigen Argumenten wäre man gezwungen, dem britischen Reiche die ganze Welt einzuverleiben. Derartige Gründe werden natürlich am zwingendsten dann gefunden, wenn irgendein kapitalistischer

Profit dahintersteckt. Dieses System führt dann weiter. Einerseits versuchte man, zwischen Ägypten und den südafrikanischen Kolonien eine Verbindung durch eine Eisenbahn herzustellen, die sogenannte Kap-Kairo-Bahn, andererseits Ägypten auf dem Landweg mit Indien zu verbinden, was dazu führen würde, Arabien sowie Südpersien zu annektieren. Der Hauptzweck dabei war vor allem, den Suezkanal und das Rote Meer vollständig in englische Hände zu bekommen. Bei diesen beiden Plänen stößt aber die britische Politik auf die deutsche. Der Bau der Kap-Kairo-Bahn nämlich, die ausschließlich auf britischem Gebiet gebaut werden sollte, scheitert an der Tatsache, daß der Kongostaat und die Kolonie Deutschostafrika ihr den Weg absperren. Bis jetzt ist es der englischen Regierung nicht gelungen, diese Frage zu lösen. Man sagt jetzt allerdings, die Bahn soll durch den Kongostaat gehen, wodurch sie aber ihren militärischen und imperialistischen Charakter verlieren würde. Sie hört dann auf, rein britisch zu sein. Es ist auch bekannt, daß in der Frage der Verbindungsbahn zwischen Ägypten und Indien der englische Imperialismus in Gegensatz zu den Plänen des deutschen Imperialismus in bezug auf den Bau der Bagdadbahn geraten war. In dieser wichtigen Frage ist allerdings ein Vergleich erreicht worden. Die englischen und die deutschen Kapitalistengruppen reichen sich dann die Hände, wenn beide einsehen, daß sie sich gegen einen noch mächtigeren Gegner vereinigen müssen. Vielleicht werden die Fragen, die mit der Eröffnung des Panamakanals entstehen, vor allem das herausfordernde Benehmen des amerikanischen Kapitalismus, die deutschen und englischen Kapitalisten daran erinnern, daß sie schließlich ganz kaltgestellt werden können, wenn sie nicht zusammenhalten.

Es ist nicht ohne Interesse zu beobachten, daß die deutschfeindliche Richtung in der englischen Gesellschaft und Politik in hohem Grade geradezu ein deutsches Kind made in Germany ist. Jene Familie, die als englisches Königshaus bezeichnet wird, ist deutscher Abstammung, Welfen und Koburger. Onkel Eduard VII., der große Deutschfeind und Einkreiser Deutschlands, hat sein Leben lang die englische Sprache nur mit stark deutscher Betonung gesprochen. Aber abgesehen davon kann man behaupten, daß unter denjenigen, die sich in England durch deutschfeindliche Haltung hervorgetan haben, entweder als hohe Beamte im auswärtigen Dienst oder als Publizisten, manche von deutscher Abstammung sind. Die meisten aber haben ihre Erziehung und Ausbildung Deutschland zu verdanken gehabt, so daß sie stark von deutschen Denkern beeinflußt wurden. Auf diese Leute haben die deutschen Historiker Ranke, Treitschke und Sybel sehr stark gewirkt. Von Bismarck, Moltke und anderen haben sie auch gelernt. Für sie ist der straff organisierte nationale Staat mit der Einheit von Sprache und Sitte, vor allem mit seinen konzentrierten, militärisch disziplinierten Machtmitteln das letzte Wort, man kann sagen: das Ideal der menschlichen Entwicklung. Vor vielen Jahren war England der Stützpunkt der demokratischen Bewegung in Europa geworden. Das hatte natürlich auch eine ökonomische Grundlage, nämlich die Interessen des britischen Ausfuhrhandels, und das blieb ein starkes Moment, solange England faktisch ein Monopol auf diesem Gebiet hatte. Aber wie das wohl meist der Fall ist, blieb diese ökonomische Grundlage dem Volke selbst durch den ideologischen Überbau verdeckt, und es schien, als wenn die britische Politik durch uneigennützige Erwägungen bestimmt war. Damit wurde der Glaube verbunden, daß die öffentliche Mei-

nung der sogenannten zivilisierten Welt eine politische Macht bilde. Dieser Glaube besteht immer noch, freilich sehr geschwächt. Aber er besteht noch. Das beste Beispiel dafür wurde geliefert in den Bewegungen gegen die türkischen Greuel der siebziger Jahre, gegen die Kongo-Greuel in dem letzten Jahrzehnt sowie anderen ähnlicher Art.

An die Stelle des aus der Freihandelsperiode überkommenen sentimentalen Internationalismus setzte die junge in Deutschland geschulte Generation englischer Staatsmänner die Lehre des strengsten Nationalismus, die Politik von Blut und Eisen! Durch sie erhielt der neu erwachende Imperialismus eine theoretische Grundlage, und da die gelehrigen Schüler glaubten, daß die englischen und deutschen Interessen direkt entgegengesetzt seien, setzten sie alles daran, den Konflikt auf die Spitze zu treiben, damit ohne Verzögerung, die den Deutschen Zeit geben könnte, alles gut vorzubereiten, ein Austrag der Gegensätze mit den Waffen in der Hand stattfinde.

Südafrika.

Indes beweist die Geschichte des südafrikanischen Krieges, daß Kriege weniger aus kühler Berechnung und Überlegung als aus mangelhafter Überlegung und Überstürzung entstehen. Wenn die verantwortlichen Leute vor dem Ausbruch dieses Krieges einen Augenblick bedacht hätten, welche Schwierigkeiten es bereiten würde, einen Sieg über die Buren zu erringen, und welche Gefahren aus dem Krieg entstehen konnten, so hätten sie ihn wohl nie angefangen. Vor allem dann nicht, wenn sie daran gedacht hätten, daß sie durch ihn das ganze Kaiserreich ins Wanken bringen könnten. Was hätte die Regierung zum Beispiel tun wollen, wenn zur Zeit des Burenkriegs auch in Indien oder sonstwo Unruhen ausgebrochen wären? Die verantwortlichen Stellen hatten in der Tat angenommen, es würde leicht sein, die Buren zu überrumpeln. Sonst ist es schwer einzusehen, was sie mit dem Krieg zu gewinnen glaubten. Sie errangen nichts, was sie ohne den Krieg nicht viel leichter hätten erringen können. Denn die Goldmagnaten in Johannesburg waren wohl von Anfang an dem alten Ohm Krüger und der Bauernpolitik der Buren weitaus überlegen und hätten ohne den Krieg auch alles erreicht, was sie durch ihn erreichten.

Jedenfalls war es nicht die Absicht der britischen Regierung gewesen, die holländischen Republiken auszutilgen, um dann dieselben Holländer und Afrikander, wie sie sich nennen, zur herrschenden Partei in ganz Südafrika zu erheben. Und das ist geschehen. Nachdem ganz Südafrika unter der britischen Flagge vereinigt, nachdem alle Gebiete unter eine Bundesregierung gebracht worden waren, haben die Afrikander, die überall unter der weißen Bevölkerung die Mehrheit bildeten, auch im neuen Parlament die Mehrheit erreicht, die der Verfassung zufolge das Ministerium zu stellen hat. Sie haben General Botha, der wenige Jahre vorher der Burenfeldherr gegen die Engländer war, zum Ministerpräsidenten gemacht, und im Jahre 1911 kam derselbe General Botha als Vertreter Südafrikas zu der Reichskonferenz nach London. Das zu erreichen war sicherlich nicht die Absicht der englischen Regierung, und noch weniger ist es durch die besondere Schlauheit der Briten herbeigeführt worden.

Es war für die weißen Leute gefährlich gewesen, sich gegenseitig in einem Lande zu befehden, in dem sie den Eingeborenen gegenüber nur eine

kleine Minderheit bildeten. Es stehen in Südafrika $1^1/_2$ Millionen weiße Einwohner $5^1/_2$ Millionen Schwarzen gegenüber. Die Buren sind im Verkehr mit den Eingeborenen womöglich noch bornierter als die britischen Imperialisten, obwohl der Unterschied nicht besonders groß ist. Bei den Wahlen vereinigen sich in der Regel beide gegen die Schwarzen.

Vor der Vereinigung Südafrikas hatten die Eingeborenen nur in der Kapkolonie das Wahlrecht. Nach der neuen Verfassung ist das bei den Wahlen für das Bundesparlament so geblieben. Tatsächlich sind seitdem die Eingeborenen aber selbst in der Kapkolonie rechtlos geworden. Es wird dort alles getan, um sie an der Ausübung ihrer Rechte, soweit sie welche haben, zu verhindern, was bei den Eingeborenen dadurch begünstigt wird, daß sie die Wahrung ihrer eigenen Rechte nicht verstehen.[4]

Die Geschichte des Imperialismus in Südafrika zeigt vielleicht so klar wie keine andere, wie vollständig unbegründet die Behauptungen sind, die Arbeiter hätten ein Interesse an der Kolonialpolitik. Vor dem Kriege wurden der englischen Arbeiterschaft Gott weiß was für Versprechungen gemacht, und nicht wenige Arbeiter hegten die Hoffnung, nach dem Kriege Arbeit in Südafrika zu erhalten. Als aber der Krieg sein Ende erreicht hatte, wie groß war die Enttäuschung, als es sich herausstellte, daß in den dortigen Bergwerken statt weißer Arbeiter chinesische eingestellt wurden. Diese Enttäuschung hat zu der Niederlage der konservativen Regierung in England bei den Wahlen im Jahre 1905 sehr viel beigetragen. Als nach dem Sturze der konservativen Regierung die Liberalen ans Ruder kamen, hofften die englischen Arbeiter von ihnen, daß sie sofort Maßnahmen gegen die weitere Zufuhr von Chinesen nach den südafrikanischen Bergwerken ergreifen und dort Platz für weiße Arbeiter schaffen würden. Statt dessen schlossen die Herren mit den Bergwerksbesitzern einen Vertrag ab, durch den diese verpflichtet wurden, die chinesischen Kulis nach und nach nicht durch weiße Arbeiter, sondern durch südafrikanische Eingeborene zu ersetzen. Daß die englischen Arbeiter stark enttäuscht waren, läßt sich denken.

Was die Stellung der alten republikanischen Regierung des Transvaal den Arbeitern gegenüber anbetrifft, so behauptet Mr. E. B. Rose, der Präsident der Witwatersrand-Bergarbeitergewerkschaft, der unter der Burenregierung 12 Jahre dort lebte, daß die Regierung damals den Arbeitern sehr viel Entgegenkommen zeigte. So war zum Beispiel das letzte, was das Parlament von Transvaal tat, die Annahme des Achtstundentags für alle Arbeiter, eine Vorlage, die mit einer Mehrheit von drei gegen eins angenommen wurde. Dies ereignete sich gerade einen Monat vor dem Ausbruch des Krieges. Derselbe Gewährsmann behauptet, diese arbeiterfreundliche Haltung sei von Anfang an der Standpunkt der Buren gewesen, die wohl damit ihren Haß gegen die fremden Kapitalisten dokumentieren wollten. Wenn dies zuträfe, dann wäre die Haltung der Kapitalisten und der Ausbruch des Krieges zu erklären. Jedenfalls, wenn vor dem Kriege die Haltung der Buren arbeiterfreundlich war, so hat sich dies nach dem Kriege gründlich

[4] Interessant und lehrreich ist es zu bemerken, daß auf der letzten Reichskonferenz der Ministerpräsident für Neuseeland in seinen Vorschlägen für einen gewählten Rat für das britische Reich unter Berufung auf das südafrikanische Beispiel eine Vertretung nur für die europäischen oder weißen Einwohner vorgesehen hat. Dies vom demokratischen Neuseeland!

geändert. Ebenso wie der General Botha vom Gegner des britischen Reiches zu einer Säule desselben geworden ist, so ist er zum Handlanger der Johannisburger Kapitalisten geworden.

Allerdings ist es seiner Regierung zu verdanken, daß der ganze Humbug des britischen Weltreiches in grellster Weise beleuchtet wurde. Und nicht nur der jetzige Stand der Dinge, sondern auch der Zustand unter seinem Vorgänger in der Regierung, unter Lord Milner. Man betrachte z. B. die Inder, die einesteils herangezogen waren, um als Soldaten gegen die Buren zu kämpfen, andernteils aber auch, um als Arbeiter im Lande zu schuften. Solange man diese Leute brauchte, nannte man sie britische Untertanen; sobald man sie aber entbehren konnte, schikanierte man sie auf die widerlichste und kleinlichste Art und Weise, nur um sie zu drängen, das Land zu verlassen. Dabei mußten die armen Kerle lernen, daß es wohl gestattet ist, sein Blut und Leben für das britische Weltreich zu opfern, aber nicht dafür die Rechte des Reichsuntertans, den Schutz des Reiches in Anspruch zu nehmen. Sie wurden schließlich als Fremde betrachtet, das Weltreich wagte nicht, sie zu schützen. Das empörendste bei der Angelegenheit war, daß die britische Regierung vor dem Kriege der Burenrepublik gerade wegen ihrer Haltung den indischen Untertanen des Reiches gegenüber die schwersten Vorwürfe gemacht hatte.

Was nun die Indier anbelangt, so sagte man allerdings zuerst: Das sind keine gleichberechtigten Menschen, das sind ja bloß Schwarze! Damit dokumentiert man nämlich, daß man einer kulturell höherstehenden Rasse angehört, und vor allem zeigt man der heidnischen Welt die zivilisierende Wirkung von fast zweitausend Jahren christlicher Erziehung, und was die christliche Lehre von der Brüderlichkeit der Menschen für einen Wert hat. Das erschien noch ganz schön und gut. Dann aber behandelte man weiße Arbeiter ebenso, als wenn es Inder wären, und das war eine Überraschung. Das zeigte das »freie England« in bengalischer Beleuchtung!

In die Einzelheiten der Ausweisung der Arbeiterführer aus Südafrika hier einzugehen, ist wohl kaum nötig, wo die Ereignisse noch in frischer Erinnerung aller sind. Es ist jedoch notwendig, zu erwähnen, daß infolge des einmütigen Protestes der Arbeiterschaft Englands, Südafrikas und Australiens es wahrscheinlich ist, daß die Sache dadurch eine Erledigung finden wird, daß man die Ausweisung in der Praxis einfach ignoriert. Den Verbannten wird erlaubt, zurückzukehren, und trotz des Gesetzes, mit dem man ihre ewige Verbannung im Parlament mit fast allen bürgerlichen Stimmen annahm, wird ihnen nichts geschehen, wenn sie es vorziehen, in Südafrika zu bleiben. Die Arbeiterpartei aber wird wohl nach den Neuwahlen in der Lage sein, das Gesetz wieder aufzuheben. Die Aufgabe der südafrikanischen Arbeiterpartei für die nächste Zukunft wird es sein, an die Organisation der schwarzen und farbigen Arbeiter zu gehen. Denn so, wie die Sache jetzt steht, kann es wohl nicht weitergehen. Auf allen Gebieten sind die weißen Proletarier nur eine kleine Oberschicht von gelernten Arbeitern, deren Löhne viel höher, ja vielfach höher als die der Farbigen und Schwarzen sind. (Unter Farbige versteht man die Mischlinge.) Im großen ganzen sind diese bis jetzt gar nicht organisiert worden, und ein tüchtiges Stück Arbeit muß sicher noch geleistet werden, bis die Arbeiterpartei einsieht, daß sie nur siegen kann, wenn es ihr gelingt, auch die Eingeborenen mit in den gemeinsamen Kampf aller

Proletarier gegen den Kapitalismus zu ziehen. Das größte Hindernis dafür scheint darin zu liegen, daß die weiße Arbeiterschaft in Südafrika sich wenigstens bis vor kurzem zum größten Teil nicht als Arbeiter fühlte. Sicher wird die Entwicklung des Klassenkampfes — wenn das nicht schon geschehen ist — ihr die Augen öffnen!

Der Imperialismus und die Frage der Eingeborenen.

Die widerlichste Seite des Imperialismus ist jedenfalls seine Haltung in der Frage der Eingeborenen, vor allem in den Tropenländern. Hier wird ihnen vorgeworfen, daß sie nicht arbeiten wollen. Und weshalb wollen sie nicht arbeiten? Weil ihre Bedürfnisse sehr gering sind und ohne Arbeit leicht befriedigt werden können, weil ihnen vor allem die Natur reichlich Früchte und andere Nahrung bietet und Kleidung für sie mehr ein Luxus als eine Notwendigkeit ist. Gerade aus diesem Grunde aber wird verlangt, daß die Eingeborenen zur Arbeit gezwungen werden. Und das ausgerechnet von der kapitalistischen Gesellschaft, deren Nutznießer nicht daran denken, selbst zu arbeiten, und die die allergrößte Verschwendung treiben! Eine widerlichere Heuchelei oder Anmaßung ist kaum denkbar als die dieser protzenden Parasiten, deren Leben ein einziges langes Faulenzertum ist, oder die ihrer literarischen Klopffechter, die ihre Interessen in der Presse und anderwärts vertreten. Natürlich wird versucht, die Sache mit allerlei Redensarten mundgerecht zu machen. Es wird von Erziehung zur Arbeit geredet, als wenn diese Erziehung zur Arbeit unter dem Kapitalismus im allgemeinen nicht die Maske für die scheußlichste Art der Ausbeutung wäre. Es wird gesagt, die Gesellschaft habe das Recht, von jedem Mitglied ein gewisses Pensum Arbeit zu verlangen, als wenn das Recht einer demokratischen Gesellschaft ihren eigenen Mitgliedern gegenüber auch den Mitgliedern einer fremden Gesellschaft gegenüber gälte. Auf diese Art käme eine demokratische Gesellschaft sehr leicht in dasselbe Verhältnis, in dem im Mittelalter der demokratische schweizerische Kanton Uri dem Kanton Tessin gegenüberstand, wobei der erstere durch seine Vertreter den Kanton Tessin vielleicht noch mehr unterdrückte als der traditionelle habsburgische Tyrann den Kanton Uri selbst.

Wie eine sozialistische Gesellschaft die Frage der Tropenkultur regeln wird, können wir nicht sagen, nur eins ist klar: Es wird strenge Wachsamkeit notwendig sein, soll nicht unter allen Arten von schönklingenden Namen die alte Sklaverei wieder eingeführt werden. Dagegen auf der Hut zu sein, ist nicht nur Sache der Volksvertreter, sondern vor allem des Volkes, der Arbeiterklasse selbst. Denn wenn in den Tropen die alte Sklaverei wieder eingeführt werden sollte, so wird es nicht lange dauern, bis ähnliche Verhältnisse auch zu Hause herrschen.

Über diese Frage ist vor einigen Jahren eine sehr wertvolle Studie von dem Fabier Sydney Olivier erschienen: White Capital and Coloured Labour (Weißes Kapital und farbige Arbeit), Socialist Library IV, London 1906, Independent Labour Party, 23 Bride Lane, Fleetstreet, 1 Schilling 6 Pence. Olivier ist ein Kolonialbeamter, der mehrere Jahre die Stellung eines Gouverneurs auf Jamaika, der größten der britischen westindischen Inseln, bekleidete. Er hat die Sachen, von denen er schreibt, in der Praxis entscheiden müssen und besitzt in dieser Beziehung eine sehr große Erfahrung. Außerdem hat er besondere Studienreisen durch Afrika und Amerika ge-

macht, um die Dinge auch dort zu untersuchen. Das Werk ist sehr objektiv geschrieben, und man sieht, daß der Verfasser sich sehr große Mühe gegeben hat, sich in die ökonomische und psychologische Lage der verschiedenen Parteien hineinzudenken. Er schreibt vor allem vom rein menschlichen Standpunkt aus, man merkt den Parteimann nicht. Er untersucht die ganzen Fragen, die zwischen den Schwarzen und Weißen in Betracht kommen, vor allem die Vorwürfe, die gegen die ersteren gemacht werden, und findet sie im großen und ganzen unbegründet. Interessant sind seine Betrachtungen über Fragen wie die der Mischehen, die er keineswegs verurteilt, sondern viel eher als günstig ansieht. Sie liegen nach seiner Meinung im Interesse des Gedeihens der Kolonien. Er ist gegen Arbeitszwang der Eingeborenen, die er durch importierte ostindische Kulis ersetzen würde, wie es in den westindischen Inseln geschieht. Nach seiner Ansicht wirkt das System importierter Kulis, die sich verpflichten, für eine gewisse Zeit zu arbeiten, ganz gut, vorausgesetzt, daß es von der Regierung streng und gewissenhaft kontrolliert wird. Die Lage dieser Kulis sei unter dieser Voraussetzung durchschnittlich besser als die der freien Arbeiter in Europa. Allerdings kommt alles auf die Kontrolle der Regierung an, und in dieser Beziehung ist Olivier meines Erachtens allzu vertrauensselig. Wenn man sich aber auch damit nicht einverstanden erklären kann, so wirkt doch im großen ganzen das, was der Verfasser zugeben muß, um so überzeugender, weil sein Standpunkt nicht der unsrige ist. Dazu ist er zu sehr Beamter, aber er bleibt dabei trotzdem ein fühlender Mensch.

Die Geschichte der Kolonialpolitik in Afrika ist allerdings ein ganz besonders trauriges Kapitel der Menschheitsgeschichte. Was hat der weiße Mann nicht alles Afrika gebracht! Zuerst Menschenraub und Sklaverei. Die freiheitsliebenden Engländer nahmen seit dem sechzehnten Jahrhundert an der Sklavenausfuhr von Afrika nach Amerika teil, und jahrhundertelang bildete es einen sehr gewinnbringenden Teil des Kolonialgeschäftes, die armen Menschen, die aus ihren Heimatdörfern in Afrika mit Gewalt herausgerissen worden waren, in Trupps zusammengetrieben, wie eine Ware nach Amerika zu transportieren und als Sklaven an die dortigen Plantagenbesitzer zu verkaufen. Infolge einer Behandlung, die jeder Beschreibung spottet, starben unterwegs ein Drittel bis zwei Drittel dieser Ärmsten, was durch den hohen Preis der Überlebenden wieder wettgemacht werden mußte, der sich wohl nach den Durchschnittskosten richtete. Man nimmt an, daß auf diese Weise in den Jahren des Sklavenhandels ungefähr 12 Millionen Afrikaner nach Amerika gebracht wurden. Man muß bedenken, daß dieses scheußliche Geschäft von Engländern angefangen wurde zu der Zeit der glorreichen Reformation, durch die England sich rühmt, an der Befreiung der christlichen Religion von der päpstlichen Tyrannei mitgeholfen zu haben. Von den Engländern angefangen, den Vorkämpfern der Freiheit, den Gegnern der Spanier! Man sieht, daß der Unterschied zwischen Engländern und Spaniern in der Tat nicht übermäßig groß war. Interessant wäre es, zu erfahren, inwieweit durch den Sklavenhandel die Gelder zu Vermögen zusammengebracht wurden, die später als ursprüngliche Kapitalien wirkten. Sicher verdanken nicht wenige der angesehensten englischen Finanzhäuser dieser Quelle ihr Vermögen.

Das war die a l t e Methode, Afrika zu zivilisieren. Welches ist die neue? Heute ist man »menschlich« geworden. Heute wird der arme Mensch nicht

mehr als Jagdvieh betrachtet und nach Amerika verkauft, sondern er wird als Arbeiter betrachtet, der Mehrwert für die weißen Kapitalisten zu liefern hat, und zwar in seinem Heimatland. Unter irgendeinem Vorwand beraubt man die glücklichen Naturvölker ihrer Existenzmittel, so daß sie gezwungen sind, Arbeit anzunehmen. Wenn das nicht geht, legt man der Bevölkerung eine Kopfsteuer auf, die sie bar bezahlen muß, und zwingt sie auf diese Weise, zu arbeiten, um das bare Geld für die Steuern zu verdienen.

Die Art, wie man die sogenannten Wilden ihres Landes und ihrer Existenzmittel beraubt und sie beschwindelt, die planmäßige Weise, in der man sie in einen Verzweiflungskrieg um ihre Existenz treibt, um sie dann mit modernen Maschinengewehren und anderen Waffen niederzumetzeln, bildet ein allgemeines Charakteristikum der Kolonialpolitik aller kapitalistischen Länder, nicht zu reden von dem Alkoholismus, der in den Tropen viel verheerender als in Europa wirkt, der Syphilis und anderen schönen Früchten der christlichen Kultur. Man muß sagen: So häßlich der Kapitalismus überhaupt ist, in den afrikanischen Kolonien ist er noch weit häßlicher als in den Kulturländern, dort hat er überhaupt keine Lichtseiten. Von dem, was man Zivilisation nennt, haben die Afrikaner nur die Abfälle gekriegt. Was in Europa unbrauchbar ist, ob Menschen oder anderes, in den Kolonien findet es eine Verwendung.

Indien und Ägypten.

Die englische Regierung und ihre Freunde sind besonders stolz auf ihre Leistungen in Indien und Ägypten. Nun, vor bald drei Jahrzehnten machte Genosse Hyndman einen scharfen Angriff gegen die Ausbeutung der indischen Bevölkerung durch die englische Regierung in einem Werke: The Bankruptcy of India, London 1886. Die Angaben Hyndmans wurden unter anderem durch das Werk eines Zivilbeamten aus Indien vollauf bestätigt, des Herrn William Digby (Prosperous British India, London 1901), der ziffernmäßig nachwies, daß die Bevölkerung Indiens bis auf den letzten Tropfen Blut ausgesaugt worden ist. Als sein Werk erschien, geschah das Merkwürdigste. Die »Times«, die leitende Londoner Zeitung, brachte eine offenbar von der Regierung amtlich inspirierte Antwort. Daraus entspann sich eine Polemik zwischen der »Times« und Herrn Digby. Dieser wollte nachher die Polemik in einer Broschüre herausgeben. Als er darin auch die Antworten der »Times« drucken lassen wollte, wurde plötzlich die Bewilligung dazu zurückgezogen, so daß die Broschüre nur die Äußerungen des Herrn Digby enthalten durfte, während die Seiten, welche die Antworten der »Times« aufnehmen sollten, weiß bleiben mußten. Damit hatten die »Times« und ihre Hintermänner bewiesen, daß sie keine stichhaltige Antwort auf die Anklagen des Herrn Digby geben konnten. Das war deutlich genug. Aber noch deutlicher sprach die immer weiter um sich greifende Hungersnot, die man schließlich nicht mehr verheimlichen konnte. Der Genosse Hyndman hat also recht behalten.

Was Ägypten anbelangt, so hat Genosse Rothstein in dem Ergänzungsheft zur »Neuen Zeit« vom 14. Juli 1911 alles gesagt, was dazu zu sagen ist. Es ist mir nicht klar, wie man trotz der Tatsache, daß England nach einer Kolonialpolitik von anderthalb Jahrhunderten in Indien und mehr als dreißig Jahren in Ägypten sich jetzt mehr und mehr gezwungen fühlt, dort zu Aus-

nahmegesetzen zu greifen, von dem Erfolg seines Regimentes sprechen kann. Es ist interessant, das Verhalten der englischen Regierung zu beobachten, wenn im englischen Parlament oder anderswo ein von ihr begangener Willkürakt in Indien oder Ägypten getadelt wird. Trotz ihrer sonstigen Versicherung, daß sie jene Länder nur deshalb verwalte, um die Einwohner zu höherer Kultur zu erziehen, gibt sie da stets die Antwort, die Leute dort könnten nur in der Art regiert werden, wie sie es gewohnt seien, das heißt autokratisch. Alle anderen Regierungsmethoden würden sie als Schwäche ansehen. Mit anderen Worten: die Regierung macht nicht nur keinen Versuch, die Einwohner Indiens und Ägyptens zu erziehen, sondern sie läßt sich selbst von diesen erziehen oder vielmehr herabziehen, sie eignet sich dieselben Regierungsmethoden an, die durch bessere zu ersetzen der angebliche Zweck ihres Daseins im Lande und die Berechtigung ihrer Politik ist.

Allerdings macht die englische Verwaltung in Indien und Ägypten sogenannte Versuche, eine Selbstverwaltung einzuführen, Versuche, die offenbar nur ein Beruhigungsmittel sein sollen, um den Volksbewegungen in beiden Ländern das Wasser abzugraben. Von einem aufrichtigen Wunsche oder der Absicht, den Völkern dieser Länder eine Stimme über ihre eigenes Schicksal zu geben, ist gar keine Rede. In Indien vor allem denkt die Regierung nur daran, die Mohammedaner gegen die Hindus aufzuhetzen. Zu diesem Zwecke hat sie den Mohammedanern, die immer noch eine starke Minderheit bilden, eine gesonderte Vertretung gegeben, die außerdem über das Maß hinausgeht, zu dem ihre Bevölkerungszahl berechtigt. Man sieht, die alte Devise: Divide et impera (teile und herrsche) ist immer noch der bewährte Grundsatz des Despotismus, denn ein Despotismus ist und bleibt die indische Regierung.

Der Imperialismus in der Kolonialverwaltung.

Wenn wir den britischen Imperialismus als Ganzes betrachten, so sehen wir, daß er einerseits ein Versuch ist, die nationale Stellung der englischen Kapitalisten gegen ausländische Konkurrenten zu schützen, andererseits aber auch ihre Stellung als regierende Klasse gegen die eigenen Arbeiter zu behaupten. Er setzt die Macht des Parlamentarismus gegenüber der Regierung herab, wenn nicht der Form nach, so doch in der Wirklichkeit. Der Imperialismus wird von den herrschenden Klassen als der einzig gangbare Weg angesehen, um dem Sozialismus zu entgehen. Der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stellen die Kapitalisten die Unterdrückung und Ausbeutung der kleinen Nationen, andererseits Schutzzölle und nationale Gegensätze gegenüber. Für die Kapitalisten selbst existieren zwar diese nationalen Schranken kaum mehr. Bestehen in einem Lande Zollschranken, so gründen sie eben in dem betreffenden Lande Filialfabriken und genießen auf diese Art selbst den Schutz der Zölle. Außerdem ist es durch das Aktienwesen und durch die Vermittlung des Finanzkapitalismus für Kapitalisten eines Landes sehr leicht, sich an allen Arten von Unternehmungen in aller Herren Länder zu beteiligen. Die Marokkokrise hat das sehr deutlich gezeigt; ein angebliches französisches Syndikat, an dem Krupp und andere hervorragende deutsche Kapitalisten beteiligt waren, stand einem deutschen Syndikat gegenüber, an dem auch französische Finanzleute einen Anteil hatten.

Daß diese Internationalisierung des Kapitals dem Krieg im allgemeinen entgegenwirkt, mag sein, aber sie macht ihn doch nicht ganz unmöglich. Denn es kann ebensogut zum Kriege zwischen diesen mächtigen Gruppen von Kapitalisten kommen, von denen die eine von dieser, die andere von jener Großmacht oder sogar Mächtegruppe unterstützt wird. Auf diese Art könnten einige Kapitalisten leicht in Gegensatz zu ihrer eigenen Regierung gebracht werden. Wie der Einfluß der Kapitalisten auf die Kolonialverwaltungen und deren militärischer Geist wächst, wird beleuchtet durch das, was ein englischer Pfarrer, der viel in Afrika herumgereist ist, über die dortigen Kolonien schreibt (John H. Harris, Dawn in Darkest Africa, London 1912). Nach ihm muß dort jetzt der Handelsmann der alten Zeit dem gut organisierten Syndikat weichen, das weder Herz noch Gewissen hat und im allgemeinen einflußreich genug ist, der Staatsverwaltung zu Hause und im Ausland und, wenn nötig, den Regierungen in mehr wie einem Land zu gleicher Zeit zu imponieren. Der Standpunkt der Staatsverwaltung ist nicht mehr der wohlwollende Schutz der Eingeborenen. Es gibt in fast allen Kolonien eine zunehmende Autokratie. Der militaristische Geist mit seinen starren Regeln und seiner strengen Disziplin dringt auf allen Gebieten durch. Dieser Geist duldet keine Opposition, kennt keine Sympathie, und manchmal vergißt er sogar die Gerechtigkeit. Bei ihm kommt alles auf die Launen an, er hat immer die Tendenz, den Frieden und den Fortschritt unter den Eingeborenen zu bedrohen.

Was der Herr Pfarrer da über den Wechsel der Kolonialpolitik in Afrika sagt, wird durchaus durch das bestätigt, was die fähigste Beobachterin auf diesem Gebiet, Fräulein Marie Kingsley, in ihrem Buche: West African Studies, London 1900, feststellt. Sie greift das System der britischen Kronkolonien (Kolonien ohne Parlament) in der schärfsten Weise an, vor allem deshalb, weil die Eingeborenen von jedem Anteil an der Verwaltung ausgeschlossen sind, und weil die Gouverneure, die schließlich alle Macht in der Hand haben, nie lange genug dort bleiben, um die Verhältnisse gründlich kennen zu lernen. Sie wollen alle ihre eigenen Ideen durchführen; bevor sie aber dazu kommen, gehen sie schon auf Urlaub oder werden befördert. Dadurch wird die Politik in diesen Kolonien — die Verfasserin spricht von den westafrikanischen — nicht nur im allgemeinen schlecht, sondern auch einem beständigen und willkürlichen Wechsel unterworfen.

Und Ähnliches wird von Britisch-Indien gesagt. Seitdem die Verkehrsmittel und -wege von dort nach England sich verbessert haben, denken die englischen Beamten nicht daran, wie ihre Vorgänger, auf Lebenszeit in Indien zu bleiben; auch ihren Urlaub verbringen sie in England. Folglich lernen sie die Eingeborenen nie so gut kennen wie früher die alten Beamten, und die Kluft zwischen ihnen und der Bevölkerung wird größer. Natürlich kommt es manchmal vor, daß in die Kronkolonien ein intelligenter und sympathischer Gouverneur kommt, der bereit ist, einige Jahre auf seinem Posten zu bleiben und ziemlich viel ausrichten kann, ebenso wie es bei dem System der privilegierten Gesellschaften vorkommt, daß diese einmal ausnahmsweise gut und menschlich verwaltet werden, wie dies bei der ehemaligen Royal Niger Company der Fall gewesen zu sein scheint. Das soll aber nur der Persönlichkeit dessen zu danken gewesen sein, der die Gesellschaft gegründet und geleitet hat. Doch sind das Ausnahmen, die bekanntlich die Regel bestätigen.

Vom ganzen britischen Kolonialreich kann man wohl sagen, daß nur Australien, Kanada, Neuseeland, Neufundland und Südafrika demokratisch regiert werden. Die übrigen Gebiete werden entweder rein autokratisch regiert oder die Autokratie wird durch einen Rat gemildert, in dem die Eingeborenen manchmal, die europäischen Händler usw. immer eine Vertretung haben. Das bureaukratische offizielle Element bildet immer die Mehrheit in diesem Rat, der sowieso nur beschränkte Macht hat, das heißt seine Entscheidungen werden oft genug vom Kolonialamt umgestoßen. In der Tat herrscht nur da Demokratie, wo das Kolonialamt sie nicht verhindern konnte.

Um das deutlich vor Augen zu führen, seien die Bevölkerungsziffern für das ganze Reich hinzugefügt. Das britische Imperium umfaßt 434 Millionen Einwohner. Davon hat Großbritannien und Irland selbst 46 Millionen, Kanada und Neufundland 7,5 Millionen, Australien mit Neuseeland 6 Millionen, Südafrika 5 Millionen, zusammen 64 Millionen. Also von 434 Millionen wohnen 64 Millionen in Ländern mit einem einigermaßen demokratischen Wahlrecht.

Imperialismus und Kapitalismus.

Daß man unter der Herrschaft des Kapitalismus die Entwicklung zum Imperialismus sehr schwer aufhalten kann, ist nach meiner Auffassung ziemlich klar. Solange der Kapitalismus besteht, wird es nicht leicht zu verhindern sein, daß er sich weiterentwickelt und daß Länder, die bis jetzt ihre Naturalwirtschaft beibehalten haben, ihre Selbständigkeit verlieren. Was die internationale Sozialdemokratie vielleicht tun könnte, das wäre folgendes: *Die Bedingungen zu kontrollieren, unter denen die Entwicklung zum Kapitalismus in noch unkultivierten Ländern vor sich gehen kann*, und vor allem zu verhindern, daß unter dem Vorwand der Förderung der Kultur Eisenbahnen auf Staatskosten gebaut werden oder, was noch schlimmer, auf Kosten der Eingeborenen, wie das jetzt bei der Ruandabahn in Ostafrika der Fall zu sein scheint. Solche Schienenwege können doch nur den Zweck haben: Völkerschaften, die bis jetzt außerhalb des Kapitalismus verhältnismäßig glücklich leben können, unter die kapitalistische Fuchtel zu bringen, damit das Ausbeutertum diese frischen Arbeitskräfte zur Verfügung hat. Inwieweit eine solche ausreichende Kontrolle möglich ist, das ist eine andere Frage. Nur ist das kein Grund, nicht wenigstens Versuche nach dieser Richtung hin zu machen. Es scheint allerdings nach allen Berichten, daß, wenn der Kapitalismus weiterwirtschaftet wie jetzt in Afrika, ganz gleich ob unter Englands oder Deutschlands Flagge, ihm bald überhaupt keine Arbeiter mehr dort zur Verfügung stehen werden. Man hört schon jetzt von der Entvölkerung der deutschen Kolonien, und in Britisch-Südafrika hat eine Untersuchungskommission die Tatsache festgestellt, daß 32 Prozent der unterirdischen Arbeiter in den Goldminen des Rand schwindsüchtig waren, und von Arbeitern an den Bohrmaschinen 48 Prozent. Wie hoch die wirkliche Sterblichkeitsziffer war, konnte nicht festgestellt werden wegen des fortwährenden Wechsels der Arbeiterschaft. Vor allem bleiben die Eingeborenen nur kurze Zeit da. Wie viele davon nur fortgehen, um die Heimat noch einmal vor ihrem Ende zu schauen und so die Keime ihrer Krankheiten

Tabelle 1.

Englische Ausfuhr heimischer Produkte nach dem Ausland und den Kolonien.

Jahr	Gesamtwert in Millionen Pfund Sterling	Prozentsatz nach dem Ausland	Prozentsatz nach den Kolonien
1854	97	65,2	34,8
	Jährlicher Durchschnitt		
1855 bis 1859	116	68,4	31,6
1860 " 1864	138	66,7	33,3
1865 " 1869	181	72,4	27,6
1870 " 1874	234	74,2	25,8
1875 " 1879	201	66,9	33,1
1880 " 1884	234	65,5	34,5
1885 " 1889	226	64,9	35,1
1890 " 1894	234	66,5	33,5
1895 " 1899	237	65,9	34,1
1900 " 1904	282	62,7	37,3
1905 " 1909	369	66,3	33,7
1910	421	65,4	34,6

Diese Tabelle stammt aus dem englischen Blaubuch 1911, cd. 5746. 1. Imperial Conference 1911. Papers laid before Conference.

durch ganz Südafrika zu tragen, darüber gibt es keine Auskunft. Wenn das auf die Dauer so weitergehen sollte, so müssen Kapitalismus und Imperialismus mindestens in dieser Gegend ihr Ende mit dem Aussterben der Arbeiter finden. Vielleicht aber gelingt es doch noch der Arbeiterbewegung, der kapitalistischen Habsucht eine Schranke zu setzen. Es sind Anzeichen in Britisch-Westafrika dafür vorhanden, daß die schwarzen Arbeiter anfangen, sich zu organisieren.

Die Frage der ausländischen Konkurrenz.

Oft wird der englische Imperialismus damit begründet, daß die englischen Kapitalisten durch die Entstehung der deutschen Industrie und deren Konkurrenz auf dem Weltmarkt gezwungen werden, einen Ersatz in den kolonialen Märkten zu suchen. Aus manchen unserer Parteischriften über Handelspolitik könnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Entwicklung anderer Länder zu Industriestaaten den englischen Unternehmern diese Länder als Absatzgebiete verschlossen habe, so daß ihnen nur die eine Möglichkeit offen blieb, die eigenen Kolonialmärkte zu pflegen. Mit anderen Worten: als ob die Entstehung dieser Industriestaaten Englands Industrie allein geschädigt habe. Das wird durch die Tatsachen widerlegt. Zweifellos haben es aber viele Engländer geglaubt, und das hat bei der Entstehung des Imperialismus eine sehr wichtige Rolle gespielt. Die Schutzzöllner — die sogenannten Tarifreformer — propagierten geflissentlich diese Meinung, und wenn man die hier zitierten Tabellen und Diagramme aufmerksam liest, wird man gewahr, wie außerordentlich leicht es jemand hat, durch eine geschickte Auswahl der Jahre ein ganz falsches Bild von der wirklichen Entwicklung zu geben. Vor allem sind statistische Beweise, die sich auf den Ziffern von einem oder zwei Jahren aufbauen, ziemlich wertlos, denn besonders in der Einfuhr und Ausfuhr sind große Schwankungen in den ein-

zelnen Jahren zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten. Diese gleichen sich dann aus über längere Perioden. Wenn wir aber die Statistik über den Export englischer Produkte nachprüfen — und der Export kommt hier allein in Betracht, denn es handelt sich um Absatzgebiete —, so finden wir, daß sich das Verhältnis zwischen dem englischen Export nach den Kolonien und nach dem Ausland gestaltet hat, wie Tabelle 1 S. 26 zeigt.

Die Tabelle zeigt, daß in der Tat das Verhältnis zwischen der Ausfuhr nach dem Ausland und der nach den eigenen Kolonien ziemlich stabil geblieben ist, daß mindestens die eigenen Kolonien bis jetzt keinen wesentlichen Ersatz für irgendwelchen verlorenen Absatz im Ausland geboten haben.

Um dieses Beispiel noch zu bekräftigen, bringe ich einen Vergleich zwischen der britischen Ausfuhr nach den Hauptindustrieländern Deutschland, Frankreich und Vereinigte Staaten und der Ausfuhr nach den größten Kolonien: Kanada, Australien und Indien.

Tabelle 2.

Jahr	Deutschland		Vereinigte Staaten		Frankreich	
	Wert in Millionen Pfd. Sterl.	Prozentsatz der Gesamtausfuhr	Wert in Millionen Pfd. Sterl.	Prozentsatz der Gesamtausfuhr	Wert in Millionen Pfd. Sterl.	Prozentsatz der Gesamtausfuhr
	Jährlicher Durchschnitt					
1854	9	9,3	21	21,6	3	3,1
1855 bis 1859 .	12	10,2	19	16,4	6	4,8
1860 = 1864 .	13	9,4	15	10,9	8	5,8
1865 = 1869 .	20	11,1	24	12,9	11	6,1
1870 = 1874 .	26	11,1	33	14,1	16	6,8
1875 = 1879 .	20	10,0	18	9,0	15	7,5
1880 = 1884 .	18	7,7	28	12,2	17	7,2
1885 = 1889 .	16	7,2	28	12,2	15	6,3
1890 = 1894 .	18	7,8	26	11,0	15	6,4
1895 = 1899 .	23	9,4	21	8,6	14	5,9
1900 = 1904 .	24	8,4	21	7,4	16	5,8
1905 = 1908 .	33	9,1	26	7,0	20	5,5
	Kanada		Australien und Neuseeland zusammen		Indien	
1854	6	6,2	12	12,4	9	9,3
1855 bis 1859 .	4	3,1	10	8,4	14	12,1
1860 = 1864 .	5	3,6	11	8,0	18	13,0
1865 = 1869 .	6	3,1	12	6,9	20	10,9
1870 = 1874 .	9	3,6	14	6,0	20	8,5
1875 = 1879 .	7	3,5	19	9,1	23	11,3
1880 = 1884 .	9	3,8	22	9,4	30	12,9
1885 = 1889 .	8	3,4	23	10,2	31	13,7
1890 = 1894 .	7	3,0	20	8,4	30	12,9
1895 = 1899 .	6	2,6	21	8,7	29	12,0
1900 = 1904 .	10	3,5	25	8,7	35	12,2
1905 = 1908 .	14	3,8	28	7,6	47	12,8

Diese Tabellen sind aus dem Blaubuch 1909, Cd. 4954, Statistical Tables.

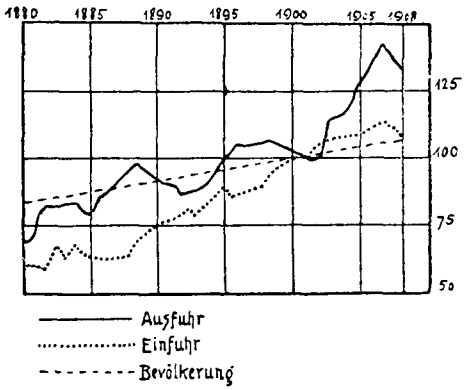
Man sieht die Wirkung des kanadischen Vorzugszolls, den England in einer Höhe von $33^1/_3$ Prozent seit 1900 genießt. Trotz dieses kolossalen Vor-

sprungs war England allerdings nicht in der Lage, die Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen, und nach dem Statistischen Jahrbuch scheint es, als ob Deutschland trotz des $33^1/_3$prozentigen Vorzugszolls, den England genießt, ebenso schnell seinen Export vermehrt hat wie das letztere.

Und die Zahlen der letzten Gebietserwerbungen Englands zeigen, daß diese noch weniger imstande wären, einen Ersatz für die Ausfuhr nach den Industrieländern zu bieten, Ägypten nicht ausgenommen. Ich füge hier ein Diagramm bei (A.), das einen Vergleich zwischen der Bevölkerungszunahme und der Aus- und Einfuhr Englands darstellt.

Vergleich der Bevölkerungszunahme mit der Ausfuhr und Einfuhr von England.

A.



Die Sache gewinnt allerdings ein anderes Aussehen, wenn wir das Wachstum der industriellen Ausfuhr und Einfuhr der vier Länder miteinander vergleichen. Setzen wir die Zahlen für Großbritannien gleich 100 genommen, dann gestaltet sich die Entwicklung wie folgt:

Tabelle 3.

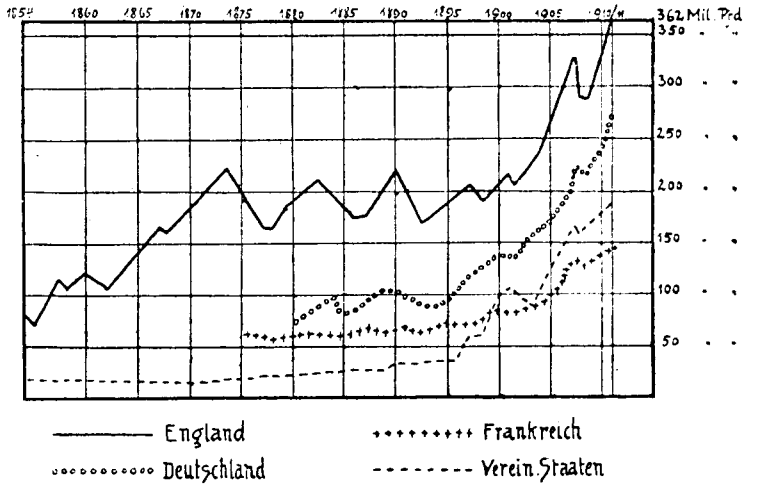
	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS
	Ausfuhr																							
	1855 bis 1859				1860 bis 1864				1865 bis 1869				1870 bis 1874				1875 bis 1879				1880 bis 1884			
Alle Artikel . .	100	65	—	45	100	69	—	31	100	66	—	25	100	58	48	41	100	69	66	62	100	55	51	47
Nur Fabrikate .	100	—	—	8	100	—	—	7	100	—	—	8	100	—	—	9	100	39	—	15	100	33	34	10
	1885 bis 1889				1890 bis 1894				1895 bis 1899				1900 bis 1904				1905 bis 1908							
Alle Artikel . .	100	56	52	40	100	58	49	46	100	63	57	50	100	64	60	55	100	63	60	50				
Nur Fabrikate .	100	34	38	10	100	37	37	11	100	41	43	17	100	45	50	24	100	46	51	25				
	Einfuhr																							
	1855 bis 1859				1860 bis 1864				1865 bis 1869				1870 bis 1874				1875 bis 1879				1880 bis 1884			
Alle Artikel . .	100	47	—	41	100	47	—	28	100	50	—	31	100	47	—	39	100	50	—	30	100	52	34	27
Nur Fabrikate .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	—	124	100	38	—	68	100	41	51	68
	1885 bis 1889				1890 bis 1894				1895 bis 1899				1900 bis 1904				1905 bis 1908							
Alle Artikel . .	100	50	39	27	100	47	42	27	100	43	44	21	100	42	45	21	100	48	53	25				
Nur Fabrikate .	100	34	50	60	100	32	44	51	100	28	39	34	100	31	36	37	100	37	44	44				

Zu lesen ist: E für England, F für Frankreich, D für Deutschland, VS für Vereinigte Staaten.

Aus diesen Ziffern sieht man, daß noch schneller als die englische die Industrie in anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten gewachsen ist. Noch klarer wird das, wenn wir die Diagramme B. und C. betrachten.

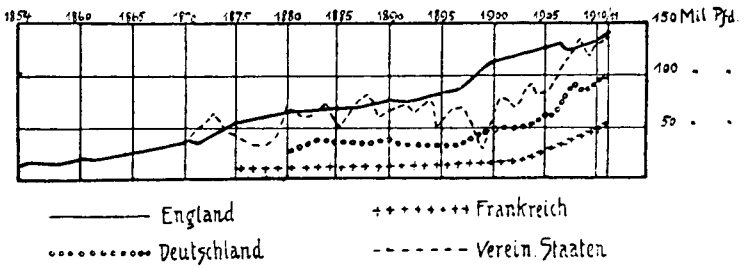
Ausfuhr von Fabrikaten.

B.



Einfuhr von Fabrikaten.

C.



Derselbe Eindruck wird dann auch noch durch die folgenden Tabellen (4 und 5) über die Ausfuhr der Fabrikate aus denselben vier Ländern seit 1890 gewonnen.

Tabelle 4.

Ausfuhr von Fabrikaten aus den vier Ländern.[1]

(In Millionen Pfund Sterling gerechnet.)

Fünf Jahre Durchschnitt	England	Deutschland	Frankreich	Verein. Staaten
1890 bis 1894	199,1	98,6	73,6	38,8
1895 = 1899	201,5	116,9	79,5	61,6
1900 = 1904	231,2	154,2	94,6	99,8
1905 = 1908	303,4	213,5	121,3	145,2

[1] Die deutschen Ziffern seit 1897 enthalten den Veredelungsverkehr und die englischen seit 1899 den Wert der an das Ausland verkauften Schiffe.

Seit 1907 waren die Zahlen folgende:

Tabelle 5.

	England	Deutschland	Frankreich	Verein. Staaten
1907	341	236	134	154
1908	297	213	118	156
1909	297	215	128	140
1910	343	245	139	160
1911	362	274	141	190

Ich füge hier folgende Ziffern über den Einfuhr- und Ausfuhrhandel von England in den letzten drei Jahren bei:

Tabelle 6.

Einfuhr	1910 Pfund Sterling	1911 Pfund Sterling	1912 Pfund Sterling
Fabrikate	156845461	165557111	185466834
Gesamteinfuhr	678257024	680157527	744640631
Ausfuhr			
Fabrikate	342869197	362222627	385028315
Gesamtausfuhr	430384772	454119298	487223439

Wenn man bedenkt, daß 1 Pfund Sterling ungefähr 20 Mark wert ist, so sieht man, welche kolossalen Werte hier in Betracht kommen. Nach dem »Economist« ist seit dem Jahre 1903, wo Chamberlain seinen Schutzzollfeldzug begann, der auswärtige Handel Englands von 902 974 100 auf 1 344 169 000 Pfund im Jahre 1912 gestiegen, das heißt um 49 Prozent in neun Jahren. Vielleicht versteht man unter diesen Umständen, daß dieser Feldzug keine großen Aussichten auf Erfolg hatte, selbst wenn man von der Teuerung ganz absieht.

Daß die Arbeiterlöhne in dieser Zeit in demselben Maße gestiegen wären, davon ist natürlich nicht die Rede. Im Gegenteil, die Reallöhne (das heißt die Löhne, gemessen an den Preisen der notwendigen Lebensmittel) sind gefallen. Es klingt geradezu wie Hohn, daß zu einer Zeit, wo das Geschäft einen Aufschwung genommen hat wie noch nie, der Teil, den der Arbeiter als verdienten Lohn bekommt, in der Tat weniger geworden ist. Eine bessere Antwort als den Hinweis darauf könnte man in der Tat für diejenigen, die von der Harmonie der Interessen zwischen Arbeit und Kapital reden, kaum finden.

Ich gebe dann außerdem eine vergleichende Tabelle über den Verbrauch und die Produktion von Eisen, Kohle, Baumwolle, Wolle und Stahl und der Handelsmarine in den betreffenden vier Ländern, um ihre industrielle Entwicklung in dem letzten Jahrzehnt noch deutlicher zu machen. (Siehe die Tabellen 7 und 8.) Aus allen diesen Tabellen sieht man klar und deutlich, wie unbegründet und sinnlos die teilweise künstlich erregte Panik in England über die deutsche Konkurrenz vor allem war. Man sieht allerdings, daß England seine Monopolstellung als einziger Industriestaat verloren hat, und daß auf einigen Gebieten (zum Beispiel den sehr wichtigen Gebieten von Eisen- und Stahlerzeugung) es von Deutschland und Amerika überflügelt wurde. Aber sogar auf diesen Gebieten ist in England z. B. die Produktion von Stahl von einem jährlichen Durchschnitt von 3,2 Millionen Tonnen in 1890 bis 1894 auf 6,0 Millionen Tonnen in 1905 bis 1908 gewachsen. Aller-

Tabelle 7.

	1855 bis 1859				1875 bis 1879				1895 bis 1899				1900 bis 1904				1905 bis 1908			
	England	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten	England	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten
Baumwollverbrauch	100	20	—	46	100	17	22	57	100	21	39	97	100	25	48	127	100	26	49	122
Derselbe pro Kopf der Bevölkerung	100	15	—	44	100	15	17	42	100	22	29	54	100	27	34	68	100	29	35	63
Spindeln	—	—	—	—	100	10	12	27	100	11	16	38	100	13	18	46	100	13	18	50
Wollverbrauch	100	—	—	34,7	100	111	51	70	100	113	80	94	100	115	77	99	100	111	79	101
Derselbe pro Kopf der Bevölkerung	100	—	—	34,2	100	101	39	51	100	116	59	52	100	123	56	53	100	123	56	52
Kohlenerzeugung	100	11	—	19	100	12	29	39	100	15	44	94	100	14	49	124	100	14	53	150
Dieselbe pro Kopf der Bevölkerung	100	9	—	18	100	11	22	28	100	15	33	52	100	15	35	66	100	15	38	77
Kohlenverbrauch	—	—	—	—	—	—	—	—	100	26	52	121	100	27	59	166	100	29	69	211
Derselbe pro Kopf der Bevölkerung	—	—	—	—	—	—	—	—	100	27	38	68	100	29	43	88	100	32	49	109
Roheisenerzeugung	100	26	—	20	100	22	31	34	100	27	78	123	100	30	103	191	100	34	120	230
Dieselbe pro Kopf der Bevölkerung	100	17	—	17	100	21	26	26	100	27	55	68	100	35	75	105	100	36	86	118
Roheisenverbrauch	—	—	—	—	—	—	—	—	100	30	91	136	100	33	113	210	100	38	139	270
Derselbe pro Kopf der Bevölkerung	—	—	—	—	—	—	—	—	100	32	68	79	100	37	79	111	100	42	100	142
Stahlerzeugung	—	—	—	—	100	33	44	67	100	31	121	181	100	35	149	273	100	42	182	337
Dieselbe pro Kopf der Bevölkerung	—	—	—	—	100	33	33	33	100	27	82	100	100	33	108	142	100	43	129	171

Tabelle 8.

Schiffe nach Registertonnen.

Ein Vergleich zwischen der Handelsmarine der vier Länder: England, Frankreich, Deutschland und Vereinigte Staaten. Zu diesem Vergleich wird England immer als 100 genommen.

	1855 bis 1859				1860 bis 1864				1865 bis 1869				1870 bis 1874			
	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS
Schiffe angemeldet in den verschiedenen Häfen	100	38	—	44	100	36	—	34	100	39	—	32	100	36	[2]26	38
Schiffe im Register eingetragen	100	22	—	[1]55 [2]111	100	20	—	[1]44 [2]102	100	18	—	[1]27 [2]76	100	19	18	25 [2]77
Schiffe gebaut	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	12	[2]11	61
Schiffe ans Ausland verkauft	[2]100	18	—	133	100	22	—	298	100	4	—	42	100	21	[2]28	36
Schiffe vom Ausland gekauft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	70	[2]161	—

	1875 bis 1879				1880 bis 1884				1885 bis 1889				1890 bis 1894			
	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS
Schiffe angemeldet in den verschiedenen Häfen	100	38	23	43	100	42	24	46	100	41	27	39	100	38	30	44
Schiffe im Register eingetragen	100	16	18	[1]25 [2]68	100	14	18	[1]19 [2]60	100	13	17	[1]14 [2]56	100	11	18	[1]11 [2]65
Schiffe gebaut	100	8	9	49	100	7	9	38	100	6	9	37	100	4	10	36
Schiffe ans Ausland verkauft	100	19	24	50	100	14	21	27	100	18	34	19	100	6	30	11
Schiffe vom Ausland gekauft	100	100	235	—	100	293	333	—	100	78	239	—	100	165	406	—

	1895 bis 1899				1900 bis 1904				1905 bis 1908			
	E	F	D	VS	E	F	D	VS	E	F	D	VS
Schiffe angemeldet in den verschiedenen Häfen	100	36	29	44	100	39	31	48	100	[2]39	[2]33	45
Schiffe im Register eingetragen	100	10	29	[1]9 [2]53	100	12	22	[1]9 [1]58	100	[2]12	24	[1]8 61
Schiffe gebaut	100	8	14	31	100	14	17	53	100	[2]6	20	56
Schiffe ans Ausland verkauft	100	3	15	6	100	9	19	5	100	10	29	6
Schiffe vom Ausland gekauft	100	111	289	—	100	91	303	—	100	108	377	—

[1] Ozeanschiffe (Überseeverkehr). [2] Küsten- und inländischer Schiffsverkehr (Binnenschiffahrt). [3] In diesen Fällen wird der Durchschnitt in der Tat auf weniger als 5 Jahre gestützt, was aber wohl nicht viel zu bedeuten hat.

dings hat sich in derselben Zeit der deutsche Durchschnitt von 2,8 Millionen Tonnen auf 10,9 und der amerikanische von 4,3 auf 20,2 gehoben. Es zeigt sich dasselbe Resultat bei dem Verbrauch und der Produktion von Eisen. Die englische Entwicklung ist allerdings langsamer gewesen wie die ihres jüngeren Konkurrenten, was aber noch lange keinen Stillstand bedeutet. Auf dem Gebiete der Textilindustrie hat die englische Industrie immer noch ihre führende Stellung behaupten können, und das gleiche ist der Fall mit der Ausfuhr von Kohlen. Die Tarifreformer, die sich immer über die Kohlenausfuhr beklagen, als wenn diese ein nationales Unglück wäre, waren neulich nicht wenig darüber entsetzt, als es hieß: die deutsche Konkurrenz hat Aufträge erhalten, Kohlen nach England zu liefern. Wenn die Kohlenausfuhr ein Unglück wäre, so müßten sich die Herrschaften freuen, daß die Deutschen nunmehr Kohlen nach England senden. Man sieht, die Herren haben eine eigenartige Logik. Bei der Schiffbauindustrie und der Reederei stehen die englischen Kapitalisten in der vordersten Reihe, was manches ausgleicht, was auf anderen Gebieten verloren geht. Denn in der Tat werden die meisten

Tabelle 9.

Die Ausfuhr jedes der vier Länder nach den drei anderen, verglichen mit der Ausfuhr nach allen anderen Ländern. Nur heimische Produkte kommen in Betracht.

Jahr	England		Deutschland		Frankreich		Vereinigte Staaten	
	Betrag in Mill. Pfd. St.	Prozent aller Ausfuhr	Betrag in Mill. Pfd. St.	Prozent aller Ausfuhr	Betrag in Mill. Pfd St.	Prozent aller Ausfuhr	Betrag in Mill. Pfd. St.	Prozent aller Ausfuhr
	Jährlicher Durchschnitt							
1880 bis 1884	63	27,2	62	40,6	63	45,7	116	70,0
1885 = 1889	58	25,8	60	39,8	58	43,9	98	67,4
1890 = 1894	59	25,1	60	39,3	63	45,4	124	67,1
1895 = 1899	57	24,0	63	35,7	68	47,4	134	63,1
1900 = 1904	61	21,6	80	34,7	79	46,7	170	58,1
1905 = 1908	79	21,6	98	32,1	90	43,5	188	52,5

Tabelle 10.

Ein Vergleich der Ausfuhr heimischer Produkte von England nach den Schutzzollländern (Rußland, Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, Schweiz und Vereinigte Staaten, wobei Holland und Belgien wegen des Durchgangsverkehrs nach Deutschland mitgerechnet sind) mit der Ausfuhr nach allen anderen Ländern.

Jahr	Schutzzollländer		Alle anderen Länder	
	Betrag in Millionen Pfund Sterling	Prozent aller Ausfuhr	Betrag in Millionen Pfund Sterling	Prozent aller Ausfuhr
	Jährlicher Durchschnitt			
1880 bis 1884	99	42,5	134	57,5
1885 = 1889	92	40,7	134	59,3
1890 = 1894	95	40,5	139	59,5
1895 = 1899	95	39,8	143	60,2
1900 = 1904	103	36,6	179	63,4
1905 = 1908	134	36,2	235	63,8

Gewinne noch von englischen Kapitalisten erzielt durch ausländische Kapitalanlagen, die zum Teil die englische Industrie dadurch schädigen, daß die Zinsen wie die Frachten mit Produkten der fremden Industrie bezahlt werden, die in England zum Konsum gelangen.

Aus alledem ergibt sich das Endresultat, daß die englische Industrie von den anderen Industriestaaten nicht verdrängt worden ist, daß jedoch eine gewisse Nervosität in dem Lande erklärlich war, das bisher ein fast absolutes Monopol besessen hatte. Aus dieser Nervosität ist wohl der Imperialismus zum Teil erklärlich. Aber vielleicht hat ein anderer Grund auch dazu beigetragen, der aus den Tabellen 9, 10, 11 und den Diagrammen D. und E. ersichtlich ist. Obwohl nämlich der Verkehr zwischen den vier in Frage kommenden Industrieländern ganz enorm gestiegen ist, so hat doch diese Ausfuhr an Bedeutung verloren im Vergleich zu der Ausfuhr nach allen anderen Ländern.

Noch mehr. Vergleichen wir wieder die Ausfuhr dieser vier Industrieländer nach den Ländern, die das englische Blaubuch als die Hauptschutzzoll-

Tabelle 11.

Englische Ausfuhr nach den Hauptschutzzolländern und anderen Ländern, verglichen nach dem Prozentsatz.

Jahr	Fabrikate		Andere Produkte	
	Haupt-schutzzolländer	Alle anderen Länder	Haupt-schutzzolländer	Alle anderen Länder
1880	42	58	61	39
1885	38	62	57	43
1890	39	61	54	46
1895	39	61	64	36
1897	36	64	57	43
1900	36	64	56	44
1901	31	69	53	47
1902	32	68	53	47
1903	32	68	53	47
1904	30	70	51	49
1905	30	70	53	47
1906	31	69	55	45
1907	32	68	57	43
1908	31	69	55	45

Tabelle 12.

Französische Ausfuhr nach den Hauptschutzzolländern und anderen Ländern, verglichen nach dem Prozentsatz.

Jahr	Fabrikate		Andere Produkte	
	Haupt-schutzzolländer	Alle anderen Länder	Haupt-schutzzolländer	Alle anderen Länder
1880	51	49	55	45
1885	49	51	55	45
1890	45	55	54	46
1895	43	57	55	45
1897	42	58	52	48
1900	42	58	54	46
1901	41	59	56	44
1902	40	60	58	42
1903	42	58	60	40
1904	42	58	59	41
1905	43	57	61	39
1906	44	56	62	38
1907	42	58	63	37
1908	42	58	62	38

länder bezeichnet, nämlich nach Rußland, Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten, mit der Ausfuhr nach den übrigen Ländern (Tabellen 9 bis 13, Diagramme D. und E.), so sehen wir ziemlich dasselbe. Wenigstens bei England und Frankreich zeigt sich eine zunehmende Ausfuhr nach den anderen Ländern im Vergleich zu diesen Schutzzolländern. Im Gegensatz dazu zeigen Deutschland und die Vereinigten Staaten eine Zunahme ihrer Ausfuhr nach den Schutzzolländern. Was diese Zunahme zu bedeuten hat,

Tabelle 13.

Deutsche Ausfuhr und amerikanische (Vereinigte Staaten) nach den Hauptschutzzollländern und anderen Ländern, verglichen nach dem Prozentsatz.

Jahr	Deutschland				Vereinigte Staaten			
	Fabrikate		Andere Produkte		Fabrikate		Andere Produkte	
	Hauptschutzzollländer	Andere Länder	Hauptschutzzollländer	Andere Länder	Hauptschutzzollländer	Andere Länder	Hauptschutzzollländer	Andere Länder
1895 . . .	54	46	64	36	21	79	31	69
1897 . . .	54	46	67	33	27	73	31	69
1900 . . .	53	47	69	31	31	69	37	63
1901 . . .	53	47	64	36	27	73	34	66
1902 . . .	53	47	65	35	24	76	35	65
1903 . . .	52	48	63	37	25	75	38	62
1904 . . .	51	49	65	35	26	74	39	61
1905 . . .	51	49	65	35	24	76	36	64
1906 . . .	50	50	75	25	26	74	39	61
1907 . . .	54	46	70	30	28	72	39	61
1908 . . .	56	44	69	31	28	72	41	59

ist schwer zu sagen. Mag sein, daß sie nur eine Ausnahme ist. Allerdings muß dabei berücksichtigt werden, daß die in Frage kommenden Hauptschutzzollländer auch einige Staaten, wie zum Beispiel Rußland, Portugal und Spanien, einschließen, in denen die industrielle Entwicklung immer noch rückständig ist. Hier könnte es sich um Kapitalausfuhr handeln. Im allgemeinen ist es aber unverkennbar, daß diese vier Industrieländer in ihrer ökonomischen Entwicklung mehr und mehr unabhängig voneinander und um so abhängiger von den außenstehenden Ländern werden. Das gilt für Frankreich und England und auch für die Länder, die als Hochschutzzolländer bezeichnet werden.[5]

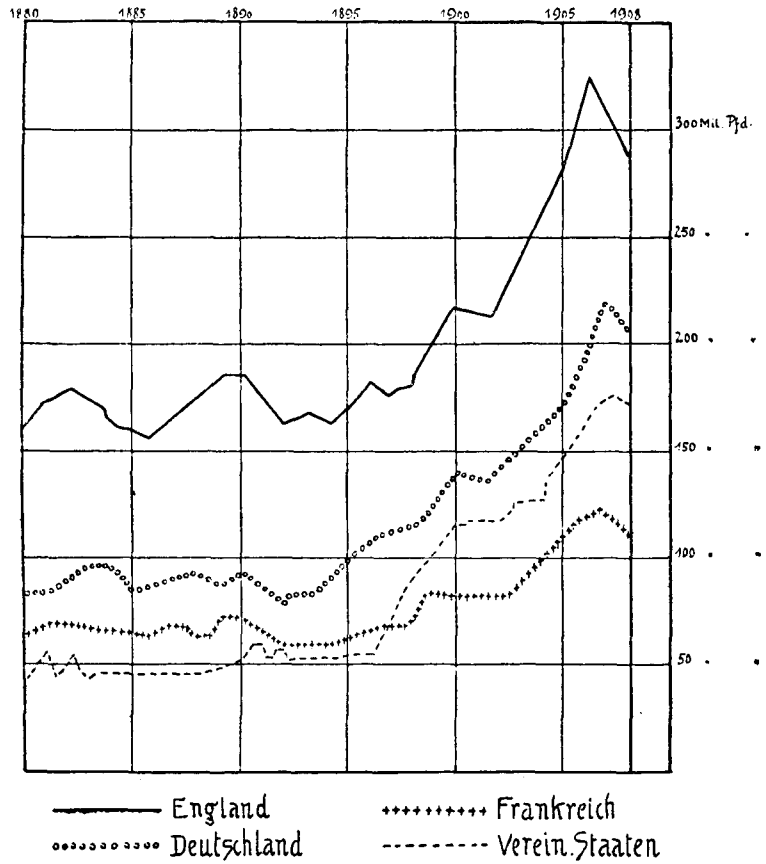
Kapitalsausfuhr und Imperialismus.

Ein wichtiges Moment ist sicher die Ausfuhr von Kapitalien und die Suche nach Anlagegebieten für das akkumulierte Kapital in den älteren kapitalistischen Ländern.

[5] Die Auswanderungsfrage ist in diesem Hefte nicht berücksichtigt worden, und zwar aus dem Grunde, weil sie keine Bedeutung für den Imperialismus hat; heutzutage weniger als je oder doch nur soweit, als Auswanderer für die bestehenden Kolonien gesucht werden, nicht umgekehrt Kolonien für die überschüssige Bevölkerung des Mutterlandes nötig sind. Kanada z. B. versucht Kolonisten aus aller Herren Länder anzulocken und ist nur zu froh, wenn es sie kriegt. Dabei muß man bedenken, daß Kanada unter den Kolonialländern relativ gut dasteht. Wieviel Menschen könnte nicht Australien und Südafrika aufnehmen? Man hat vorderhand aber gar keine Aussicht, die bestehenden Kolonien mit Engländern zu bevölkern, und dabei zeigt sich in England dieselbe Erscheinung wie in anderen Ländern: der Geburtenrückgang, der aber wohl eine unvermeidliche Folge der jetzigen Gesellschaftsordnung ist. Solange die Sorge für die Kinder den einzelnen belastet, so lange wird er mehr und mehr suchen, diese Last mindestens soviel als möglich einzuschränken.

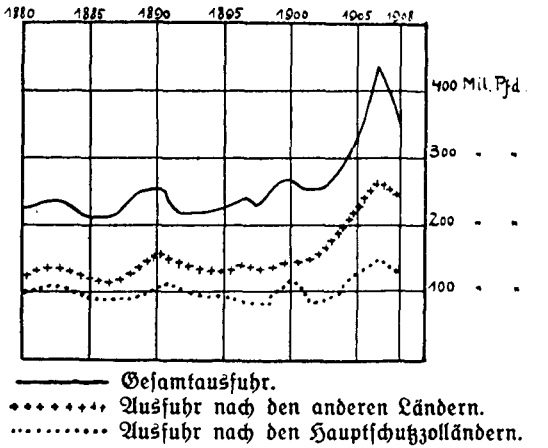
Ausfuhr heimischer Produkte aus England, Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten nach allen Ländern außer den genannten.

D.



Was die Ausfuhr von Kapital betrifft, so bedeutet sie keineswegs, daß bares Geld sagen wir von Deutschland oder England in das betreffende Land, das Kapitalien entleiht, geschickt wird. Durch die Entwicklung des Banksystems sind wir so weit, daß Zahlungen durch Kontokorrentbuchungen erledigt werden. Das Wesen der Kapitalausfuhr besteht darin, daß das Land, an das Kapitalien ausgeliehen werden, das Recht erhält, Waren zu bestellen auf Rechnung der Gläubiger. Meistens wird sogar ausbedungen, daß die betreffenden Waren bei den Gläubigern oder mindestens in dem Lande, wo die Anleihe aufgenommen worden ist, bezogen werden sollen. In neuester Zeit soll es sich noch weitergehend als Regel ausgebildet haben, daß diese Waren schon längst bezogen wurden, ehe noch die Anleihe zustande kam. Man sieht, auf diese Art kann und wird die Kapitalausfuhr zu einem sehr wichtigen und wirksamen Hebel der Warenausfuhr eines exportierenden Landes gemacht werden.

Ausfuhr heimischer Produkte aus England nach den Hauptschutzzolländern, verglichen mit der Ausfuhr nach den anderen Ländern.



Folgende Tabellen (14 und 15) sollen die Größe der englischen Kapitalausfuhr zeigen, soweit die Anleihen durch die Börse und durch öffentliche Emissionen zustande gekommen sind. Die beiden Tabellen sind vom »Economist« zusammengestellt, einem der angesehensten Finanzwochenblätter. Die dann folgende Tabelle 16 ist eine Schätzung der britischen Kapitalanlagen in den Kolonien und im Ausland, die nach dem Fiscal Handbook, herausgegeben von der Freihandelsliga, im Jahre 1908 angestellt wurde. Aus allem ersieht man klar und deutlich, wie wichtig für britische Kapitalisten die Beziehungen zu den Kolonien sind. Nächst den Kolonien kommen dann in Betracht: die Vereinigten Staaten, Mexiko und die südamerikanischen Staaten, die zusammen mehr als zwei Drittel der ganzen Kapitalanlagen im Ausland zu umfassen scheinen, nämlich 979 Millionen aus 1484 Millionen Pfund Sterling. Von europäischen Ländern kommt nur Rußland in Betracht. Und außerdem Japan, China und Ägypten, von denen das letztere tatsächlich eine britische Kolonie ist.

Die Tabelle 17 soll zeigen, in welchem Verhältnis die britischen Profite aus den auswärtigen Kapitalanlagen zu dem Gesamteinkommen der besitzenden Klassen Großbritanniens stehen. Diese Statistik soll klarmachen, inwieweit diese Klassen abhängig von der imperialistischen Politik sind. Allerdings muß erwähnt werden, daß der wirkliche vom Ausland eingeheimste Profit vielleicht doppelt so groß ist. Denn die Profite von Unternehmungen im Ausland, sobald sie versteuert sind, werden unter der allgemeinen Rubrik als »Profite an industriellen Unternehmungen« gezählt und sind nicht von Profiten zu unterscheiden aus industriellen Unternehmungen im Inland. Trotz dieser Einschränkung scheint mir aber diese Tabelle doch von Wert, denn man sieht, daß, sogar wenn man diese beschränkten Zahlen in Betracht zieht, der Profit vom Ausland gewonnen, von 1882 bis 1908 von 5,2 auf 8,7 Prozent des ganzen Einkommens der bürgerlichen Klassen gestiegen ist. Dieser Prozentsatz der Steigerung würde sich natürlich

Tabelle 14.

Export von Anlagekapital nach dem Ausland und den Kolonien, verglichen mit den inländischen Kapitalsanlagen in Pfund Sterling.

	1908	1909	1910	1911	1912	1913
In England angelegt	50051700	18681400	60296500	26145900	45335300	35951200
Nach den Kolonien						
Indien und Ceylon .	13146200	15336100	17991600	5171100	3708200	3824000
Südafrika	6209700	11291500	3379100	4387100	3812600	6294700
Kanada	27827400	26814200	36882500	41214700	46983200	44119000
Australien und Neuseeland	4028200	11380300	13385200	3332900	13462400	18628900
Andere Kolonien .	7438800	9936100	20739700	10889000	4626000	3270600
Kolonien zusammen.	58656300	74758200	92378100	64994800	72642400	76137200
Ausland						
Rußland	3810500	9472000	3918800	5208800	10490400	8955900
Finnland	—	2328400	143000	970000	—	—
Dänemark	2121000	487500	1089000	—	2425000	—
Schweden	2940000	881000	—	200000	—	485000
Norwegen	—	381000	50000	3008500	632500	2402200
Vereinigte Staaten von Nordamerika	21472000	15905400	39590100	21314300	23634700	18746100
Brasilien	12991600	9218600	11813900	19210200	14353100	15093400
Argentinien . . .	15012500	21738100	22865000	16676900	20110200	11989600
Chile	1298800	4098000	4684600	8270700	2252200	2699400
Mexiko	8113500	9109600	5087600	2649900	4085700	10641500
Zentralamerika . .	14600	1591700	36000	291000	1016000	414900
Andere südamerikanische Republiken	4225600	2615800	3141500	2413600	100880	525000
China	5031100	740000	1612100	7434500	5950000	6883000
Japan	2920000	4723600	—	—	3230800	—
Österreich	—	—	4098000	1653600	40000	107700
Bulgarien	—	—	3603600	215900	—	—
Griechenland . . .	—	—	1572100	686800	35000	—
Frankreich . . .	—	—	900000	245000	692200	—
Türkei	—	—	1431000	300000	—	—
Deutschland mit Kolonien	—	—	794000	233200	175000	—
Holländ.-Ostindien .	—	—	438200	568500	153500	1497700
Kuba	—	—	1916200	6501300	838000	891700
Philippineninseln .	—	—	403900	—	—	712500
Persien	—	—	—	1508000	—	—
And. fremde Länder	3550000	5025000	1634700	1070000	2656500	2403000
Ausland zusammen.	83501700	88917200	114764500	100618700	92872300	84448600
Kolonien	58650300	74758200	92378100	64994800	72642400	76137200
In England angelegt	50051700	18681400	60296500	26145900	45335300	35951200
Zusammen	192203700	182356800	267439100	191759400	210850000	196537000

Es ist möglich, daß in der vorstehenden Tabelle einige Länder, die für die letzten vier Jahre separat aufgeführt werden, in den ersten zwei Jahren unter der allgemeinen Rubrik »Andere fremde Länder« enthalten sind.

Tabelle 15.

Englisches Kapital wurde angelegt in:

Jahr	England	Kolonien	Ausland	Kolonien und Ausland zusammen
	Millionen Pfund Sterling	Millionen Pfund Sterling	Millionen Pfund Sterling	Millionen Pfund Sterling
1903	44,9	50,8	12,8	63,6
1904	50,0	36,0	37,0	73,0
1905	48,4	46,0	74,5	120,5
1906	39,3	26,7	55,2	81,9
1907	33,0	27,3	63,2	90,5
1908	50,0	58,7	83,5	142,2
1909	18,7	74,7	88,9	163,6
1910	60,3	92,3	114,7	207,0
1911	26,1	65,0	100,6	165,6
1912	45,3	72,6	92,8	165,4
Insgesamt	416,0	550,1	723,2	1273,3

Also seit 1903 bis 1912 wurden 1273,3 Millionen Pfund Sterling oder 25 466 Millionen Mark an die Kolonien und das Ausland zusammen und 416,0 Millionen Pfund Sterling oder 8320 Millionen Mark in England angelegt.

Das sind nur die öffentlichen Emissionen von Kapital.

---

noch mehr vergrößern, wenn man alle Einkommen weglassen würde, die nicht als Einkommen aus Kapital, Grundeigentum oder Handel und Gewerbe anzusehen sind, das heißt die Gehälter von Angestellten, Beamten usw., deren Einkommen mehr als 3000 Mark ausmacht. (In England bleiben die Einkommen unter 3000 Mark steuerfrei.)

Hilferding unterscheidet in seinem »Finanzkapital« (S. 395) zwei Arten von Kapitalausfuhr: nämlich »zinstragendes« und »Profit bringendes« Kapital. Der Unterschied besteht darin, daß in dem einen Falle der Geldgeber sein Geld liefert und nur die Zinsen davon erhält, ohne darüber mitentscheiden zu können, was mit der Anleihe geschieht. Im zweiten Falle behält der Geldgeber die Kontrolle über die Anwendung der Anleihe durchweg in seinen Händen. Ein gutes Beispiel von der ersten Art wird uns dort gegeben, wo jemand in Papieren irgendeiner fremden Regierung Kapital anlegt; von der zweiten, wo eine Bank oder eine Geschäftsfiliale im Ausland gegründet wird. Das sind allerdings die Extreme, zwischen denen sich alle Arten von Zwischenstufen finden. Hilferding zeigt, wie verhängnisvoll gerade die letztere Form des Geldimportes für die industrielle Entwicklung eines Landes werden kann, an dem Beispiel Schwedens. Die Bodenschätze dieses Landes sind auf diese Weise fast vollständig in die Hände von englischen, deutschen und französischen Kapitalisten übergegangen, und da die Ausländer das gewonnene Eisen in ihren eigenen Ländern verarbeiten lassen, so ist für Schweden die Möglichkeit einer eigenen Industrie sehr geschmälert.

Interessant ist ferner seine Erklärung der Art, wie das englische Kapital benützt worden ist, die amerikanischen Eisenbahnen zu bauen, ohne daß die englischen Kapitalisten irgendwelche nennenswerte Kontrolle über die Verwaltung derselben ausüben können. Er meint ferner: Die deutschen und ame-

Tabelle 16.

Das im Ausland und den Kolonien 1908 angelegte britische Kapital.

In den britischen Kolonien	Millionen Pfd. Sterl.	Im Ausland	Millionen Pfd. Sterl.
Indien	470	Vereinigte Staaten	485
Australien	321	Argentinien	254
Kanada	305	Brasilien	101
Transvaal und Orange River	220	Chile	42
Rhodesia	59	Uruguay	25
Kapkolonie	98	Kuba	21
Natal	30	Japan	115
Westküste	24	Ägypten	97
Straits Settlements	17	Mexiko	51
Westindische Inseln	22	Deutschland, Frankreich, Holland, Schweden-Norwegen, Belgien, Dänemark	48
		China	47
		Rußland	45
		Türkei, Griechenland und die Balkanstaaten	39
		Italien, Schweiz, Österreich	26
		Spanien	25
		Andere Länder	63
Zusammen	1566	Zusammen	1484

Zusammengestellt:

Britische Kolonien	1566 Millionen Pfund Sterling
Ausland	1484 " " "
Gesamtsumme	3050 Millionen Pfund Sterling

rikanischen Kapitalisten haben es großartig verstanden, ausländisches Kapital ins eigene Land, für die eigene Industrie heranzuziehen, das ihnen ermöglicht, eigenes Kapital als »profitfragendes« in wenigentwickelte Länder auszuführen, um dort unter eigener Leitung deutsche beziehungsweise amerikanische Unternehmungen zu gründen. Dieser Prozeß ist allerdings ein sehr komplizierter. So steckt zum Beispiel nicht nur sehr viel englisches Kapital in amerikanischen Eisenbahnen, sondern auch viel amerikanisches in englischen, wenn ich richtig informiert bin, seit den letzten Jahren namentlich in den Londoner Stadtbahnen. Wenn von einer Kontrolle die Rede ist, so muß entschieden werden: Was ist amerikanisch und was ist britisch? Wir haben Unternehmungen wie die White Star Line, von denen niemand genau weiß, ob sie amerikanischer oder britischer Natur sind. Und bei wie vielen von solchen Unternehmungen ist es nicht eine bloße Frage der Zweckmäßigkeit, ob sie heute britisch oder morgen amerikanisch sich nennen? Überhaupt: sieht man die Liste der englischen Bankhäuser an, die sich in der Hauptsache mit Emissionen befassen, die ersten Namen sind lauter Namen deutscher Firmen, die in allen Ländern ihre Filialen haben. Nehmen wir nur die Familie Rothschild oder das Bankhaus Speyer als Beispiele an. Beide sind echt britische Emissionshäuser, und die Emissionen gelten ebenfalls als Emissionen britischen Kapitals, obwohl bei

Tabelle 17.

Einkommensteuerveranlagungen mit einem Vergleich zwischen dem Gesamteinkommen und dem Teile, der aus ausländischen und kolonialen Zinsen stammt.

Jahr	Gesamteinkommen versteuert	Einkommen aus dem Ausland versteuert	Jahr	Gesamteinkommen versteuert	Einkommen aus dem Ausland versteuert
	Millionen Pfund Sterling			Millionen Pfund Sterling	
1882/83	613	32	1895/96	714	55
1883/84	629	33	1896/97	742	56
1884/85	631	34	1897/98	771	57
Durchschnitt 1882/85	624	33	1898/99	798	60
			1899/1900 . . .	827	60
1885/86	629	39	Durchschn. 1896/1900	770	58
1886/87	629	45			
1887/88	636	47	1900/01	868	60
1888/89	645	50	1901/02	902	63
1889/90	669	52	1902/03	915	64
Durchschnitt 1886/90	642	47	1903/04	938	66
			1904/05	947	66
1890/91	698	55	Durchschnitt 1901/05	914	64
1891/92	717	55			
1892/93	718	55	1905/06	960	74
1893/94	711	55	1906/07	979	80
1894/95	694	53	1907/08	982	85
Durchschnitt 1891/95	707	55	Durchschnitt 1906/08	974	80

allen solchen Emissionen Tausende von Rundschreiben an alle möglichen Adressen ins Ausland versandt werden, die eine Einladung zur Beteiligung an der jeweiligen Anleihe enthalten. Schon diese Tatsache beweist, daß ein derartiges Reklamemittel Erfolge gezeitigt haben muß, sonst würde man es nicht immer von neuem anwenden. Und was von den Londoner Emissionen gilt, das gilt wohl von allen. Auf dem Gebiet der Kapitalanlagen hat die Internationalität einen derartigen Grad erreicht, daß nationale Unterscheidungen, wie sie Hilferding macht, nicht so wörtlich zu nehmen sind. Andererseits kann man auch nicht sagen, daß etwa die englischen Kapitalisten ganz ohne Einfluß auf die Unternehmungen sind, die sie finanzieren. Die amerikanischen Eisenbahnen können nicht etwa auf die Londoner Börse pfeifen. Bei anderen Unternehmungen ist die Kontrolle noch größer. Vor allem haben die Emissionshäuser selber einen ziemlichen Einfluß.

Betrachten wir aber die Sache vom Arbeiterstandpunkt aus, so muß man fragen: Wenn die sogenannten britischen Kapitalisten ihren Zweck erreichen, wenn sie alle ihre Konkurrenten schlagen könnten, was für einen Vorteil hätten die britischen Arbeiter davon? Die Antwort würde lauten: Gar keinen! Es würde sich sicher zeigen, daß der britische Kapitalist sich mehr und mehr zum Rentier entwickelte, der von ausländischen oder kolonialen Zinsen lebt, während der britische Arbeiter sehen müßte, wie er Arbeit bekäme.

Das ist das Interesse der Arbeiterschaft am Imperialismus! Nämlich: der Imperialismus selbst ist für die Arbeiter eine di-

rekte Bedrohung ihrer Existenz! Damit der Imperialismus sein Ziel erreichen kann oder wenigstens damit der englische Kapitalist soweit als möglich unabhängig von dem englischen Arbeiter gemacht wird, sollen kolossale Summen für Rüstungen ausgegeben und die Völker gegeneinander aufgehetzt werden. Es wird oft, und zwar besonders von liberalen Imperialisten, bestritten, daß der Imperialismus irgendwelche Verbindung mit dynastischer Politik habe. Tatsache ist aber, daß mit der imperialistischen Strömung in der englischen Politik die englische Krone, die man früher als eine ganz bedeutungsloses und machtloses Rudiment aus alter Zeit ansah, neuerdings eine ganz andere Bedeutung gewonnen hat. Die Krone wird als das stärkste Bindemittel zwischen England und seinen Kolonien betrachtet, weil sie die einzig wirklich gemeinsame Einrichtung ist. In dieser Art entwickelt sich das englische Königtum nach und nach zum britischen Kaisertum. Mit anderen Worten: dynastische Politik im höchsten Grade wird getrieben, dynastische und kapitalistische zur gleichen Zeit. War einst die Parole des alten römischen Kaisertums: »Brot und Spiele«, so läßt es das neuere britische Kaisertum an allerlei Zirkusspielen mit dynastischem Schaugepränge zwar auch nicht fehlen, an die Stelle der Brotverteilung aber ist die Brotverteuerung getreten.

Das britische Weltreich und die Demokratie.

Über kein Weltreich werden so viele Illusionen verbreitet wie über das britische. Mit Bewunderung erzählen uns einige gute Seelen, daß das britische Weltreich die ganze Welt umspanne usw., als ob bloße Ausdehnung an und für sich einen Kulturwert hätte, oder als ob der Besitz großer Strecken bisher unbenutzbaren und unbewohnten Landes, sagen wir in den Tropen oder in den nordischen Eisregionen, eine Leistung für die Menschheit wäre. Man redet von dem leidenschaftlichen Streben des englischen Volkes nach Ausbreitung seines Imperiums. Wenn die Kapitalisten und ihre Sachwalter allein das englische Volk bildeten, so könnte das stimmen. So aber ist die ganze imperialistische Strömung die Folge der politischen Gleichgültigkeit der Massen der englischen Bevölkerung. Es kann wohl Zeiten geben, wo, wie zur Zeit des Burenkriegs, die Massen gewissermaßen aufgepeitscht werden, aber das sind nur Ausnahmen. Und wenn man eine Untersuchung anstellte, so würde man finden, daß sogar zu diesen Ausnahmezeiten die sogenannte Begeisterung nicht sehr tief ist.

Die Weltpolitik ist eine Sache, über die die Massen nicht gefragt werden und nicht zu entscheiden haben. Darüber sind die bürgerlichen Parteien sich einig. Wenn das auch nicht ausgesprochen wird, so wird um so mehr danach gehandelt. Und das geschieht wohl aus dem Gefühl heraus, daß nur kapitalistische, aber keine Volksinteressen in Betracht kommen. Das Volk hat nur Hurra zu schreien und schließlich einen großen Teil der Kosten zu tragen, wenn auch nicht so viel wie in anderen Ländern. Das demokratische Weltreich, von dem einige schwärmen, der ersehnte britische Reichsbund, der demokratische Imperialismus, von dem wir hören, alles schöne Worte! Im britischen demokratischen Weltreich wird nur eine Kleinigkeit vergessen, nämlich die Eingeborenen, denen gegenüber die Engländer bloß eine kleine, sehr dünne Oberschicht bilden. Ein demokratischer Imperialismus würde bedeuten, daß diese Mehrheit nicht nur gegen Unrecht geschützt werden, son-

dern in der Tat gleichberechtigt sein und entsprechenden Einfluß auf die Politik des Reiches haben müßte. So aber ist das Reich nur dann eine Demokratie, wenn man es vom Standpunkt der Weißen betrachtet, in Wirklichkeit aber ist es eine Aristokratie der Privilegierten, so, wie es die Demokratie von Athen war. Daß es zu einer echten Demokratie in dem oben angedeuteten Sinne kommen wird, das glaubt niemand. Bis jetzt haben sich außerdem die Kolonien gegen jede Form des Reichsbundes im Sinne eines Reichsrats mit Machtbefugnissen ausgesprochen.

Und was den Schutz der Eingeborenen durch die Reichsregierung gegenwärtig betrifft: würde die Reichsregierung wirklich ernste Miene machen, einer der selbständigen Kolonien in dieser Frage etwas vorzuschreiben, so würde die betreffende Kolonie sich unabhängig erklären. Solche Vorschriften kann die Reichsregierung nur einer unselbständigen Kolonie machen, also nur einer, in der keine Demokratie herrscht. Und sogar dort wäre es wohl nur ausnahmsweise und nur in den äußersten Fällen möglich, daß gegen den Willen der weißen Kolonisten ernsthaft etwas durchgeführt würde. Außerdem wäre es heutzutage, wo der imperialistische Geist in den englischen Regierungs- und bürgerlichen Kreisen weht, noch ungünstiger als je mit einer solchen Maßnahme bestellt. Man hat das vielleicht am besten in Südafrika gesehen. Als es endlich zu der Bildung eines Südafrikanischen Bundes kam, hat man es abgelehnt, den Eingeborenen, die doch vier Fünftel der Bevölkerung dort bilden, in dem neuen Bundesgebiet dieselben politischen Rechte zu geben, wie die Eingeborenen sie bis dahin in der Kapkolonie genossen. Nur wo sie schon politische Rechte besaßen, konnten sie sie behalten, aber weiter nichts. Die Eingeborenen haben an das englische Parlament appelliert, das wagte jedoch nicht, ein Wort darüber zu verlieren. Von der Reichsregierung oder vom Reiche haben die Eingeborenen nichts zu hoffen. Das Reich wird höchstens einschreiten, wenn das öffentliche Gewissen durch die allergrößten Unmenschlichkeiten empört wird. Die Bemühungen einiger menschenfreundlichen Vereine in London, die Eingeborenen gegen Unrecht zu schützen, haben wenig Erfolg aufzuweisen. Mit anderen Worten: wenn die Eingeborenen sich nicht selbst helfen können, die Reichsregierung ist ein sehr unzuverlässiger Freund für sie. Unter diesen Umständen wäre es für die Eingeborenen jedenfalls besser, wenn sie klar einsähen, daß sie sich mit den Kolonisten und mit niemand sonst auseinandersetzen müssen. Und wenn die Kolonisten wüßten, daß sie sich, wenn es darauf ankommt, die Eingeborenen zu unterdrücken, nicht auf die Reichsregierung verlassen könnten, so würden sie vielleicht einen vernünftigeren Standpunkt als den bisherigen der Herrenmenschen einnehmen. Daß ein solcher Wechsel glatt vor sich gehen würde, ist wenig wahrscheinlich. Unterdrückung demoralisiert beide, die Unterdrücker und die Unterdrückten, und es kann wohl sein, daß gewisse Übergangsmaßregeln nötig werden würden.

Wie die Geschichte sich vollziehen wird, kann man unmöglich im voraus sagen. Nur eines ist gewiß: nur soweit die Kolonien nicht imperialistisch regiert werden, können sie demokratisch werden oder bleiben. Mit anderen Worten: das Imperium, das Reich ist der Todfeind der Demokratie, zu Hause wie in den Kolonien. Nur volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Kolonien kann gesunde Verhältnisse schaffen. Und für diejenigen Kolonien, die jetzt in der Tat selbständig sind, wenigstens unabhängig von der

Reichsregierung, wäre es gut, wenn sie daran dächten, sich von der für sie gefährlichsten Abhängigkeit zu befreien, nämlich von der Abhängigkeit vom Londoner Finanzkapital. Es war kein Zufall, daß die Londoner »Times«, als sie neulich zugestehen mußte, daß ihr bisher angepriesenes Mittel, das Reich zusammenzukitten — der Schutzzoll —, keine Aussicht auf Erfolg hatte, hervorhob, die Kolonien hätten immer Aussicht, billiges Geld in London zu erhalten. Das klang wie Hohn. In der Tat aber ist nichts geeigneter, die Kolonien in Abhängigkeit zu erhalten, als die Pumpwirtschaft, die von einigen von ihnen betrieben wird. Eine langsamere ökonomische Entwicklung wäre für die Kolonien besser als die Abhängigkeit vom Finanzkapital, die jetzt noch gefährlicher als je zu werden droht. Die Kolonien sollen in den Strudel der britischen Flottenpolitik ernsthaft hineingezogen werden. Bisher waren die kolonialen Leistungen auf diesem Gebiet immerhin im Verhältnis mäßig. Das hört jetzt auf. Bisher waren die Kolonien mehr oder weniger vom Marinismus und Militarismus frei, jetzt wird der allgemeine Militärdienst eingeführt und für die Flotte womöglich Ähnliches notwendig werden. Denn Schiffe kann England wohl bauen, aber mit der Bemannung ist es eine sehr heikle Frage. Und wenn zum Zwangsmilitärdienst die hohen Steuern kommen, werden die Kolonien ein schönes Beispiel der herrlichen imperialistischen Politik bekommen. Eine schöne Frucht des Versuchs, Imperialismus und Demokratie miteinander zu verbinden.

Daraus sieht man vielleicht am deutlichsten, daß Imperialismus nichts anderes bedeutet wie Herrschaft des Finanzkapitals. Wer also erfolgreich gegen den Imperialismus kämpfen will, muß auch den Kampf gegen diese Herrschaft aufnehmen. Der Kampf kann nur mit der Aufhebung der Kapitalsherrschaft selbst und dem Siege der internationalen Sozialdemokratie enden.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.